

<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

PUTINS BERICHT ZUR LAGE DER NATION RUSSLANDS BANKENSYSTEM

■ VON DER REDAKTION С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest! 2	■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Daten zum russischen Bankensektor 18
■ ANALYSE Der Terror, die Türkei und die alltäglichen Probleme ... Die »Botschaft an die Föderalversammlung« zeigt, dass Putin ein politisches Konzept fehlt 2 Hans-Henning Schröder, Bremen	■ AUS RUSSISCHEN BLOGS Die Korruptionsaffäre des Jahres – »Tschajka-Gate« Nawalnyj wirft der Familie des Generalstaatsanwalts Tschajka Korruption und kriminelle Machenschaften vor 20
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Die Rahmendaten der »Botschaft an die Föderalversammlung« 6 Umfrage zur »Botschaft an die Föderalversammlung« 9	■ NOTIZEN AUS MOSKAU (Wirtschafts)Krise und Protest in Russland 23 Jens Siegert, Moskau
■ UMFRAGE Russen über das politische System und die politische Lage 10	■ CHRONIK 4. – 17. Dezember 2015 27
■ ANALYSE Herausfordernde Situation am Bankenmarkt, wachsender Einfluss »neuer« staatsnaher Kreditinstitute 13 Gunter Deuber, Wien	

С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 308 – erscheint am 21. Januar 2015. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge über die russische Syrienpolitik und das deutsch-russische Verhältnis.

Zunächst aber wünschen wir unseren Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Nadja Douglas, Sergej Medvedev, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Der Terror, die Türkei und die alltäglichen Probleme ...

Die »Botschaft an die Föderalversammlung« zeigt, dass Putin ein politisches Konzept fehlt

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Am 3. Dezember trat Präsident Putin mit seinem alljährlichen Bericht, der »Botschaft an die Föderalversammlung«, vor die beiden Kammern des russischen Parlaments. Die Rede enthielt keine Überraschungen. Sie präsentierte kein politisches Konzept, sondern summierte kleinteilig Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern auf. Der Präsident stellte den Kampf gegen den Terrorismus in den Vordergrund und griff die türkische Führung, die er für den Abschuss des russischen Kampfflugzeugs über Syrien verantwortlich machte, heftig an. Lösungsvorschläge für die Krise präsentierte der Präsident nicht. Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gab es keine Linie, die den Weg aus der Krise wies. Eine ganze Reihe von Themen ignorierte die »Botschaft«: den eingefrorenen Krieg in der Ukraine, die Krimfrage und den Minsk-Prozess, die Demonstrationen der Fernfahrer und die Korruptionsvorwürfe an den Generalstaatsanwalt. Insgesamt hat Putin nicht die Gelegenheit wahrgenommen, der russischen Öffentlichkeit eine Politik zu präsentieren, die sich glaubwürdig mit der ökonomischen und sozialen Krise auseinandersetzt. Der drohenden Verschlechterung der Verhältnisse kann sie nur durch den Appell an nationale Geschlossenheit entgegenwirken.

Die Botschaft

Die alljährliche Ansprache des russischen Präsidenten zur Lage der Nation, die »Botschaft an die Föderalversammlung«, ist kein Rechenschaftsbericht. Sie wird nicht in den beiden Kammern des Parlaments diskutiert, obgleich sie ursprünglich als Rechenschaftsbericht gedacht war. Heute ist der Auftritt des Präsidenten ein repräsentatives Ereignis, zu dem sich die politische Elite Russlands versammelt. Neben den Abgeordneten der Duma und den Vertretern des Föderationsrats – den eigentlichen Adressaten der Botschaft – werden Minister, hohe Beamte, Gouverneure, Kirchenführer und Repräsentanten der Öffentlichkeit eingeladen. So war auch 2015 Creme de la Creme der politischen Klasse im Georgssaal des Kreml versammelt, darunter Kyrill I., Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka, den der Blogger Aleksej Nawalnyj gerade wegen der zwielichtigen Geschäfte seiner Familie angeprangert hat, und

der »Chirurg«, mit bürgerlichem Namen Aleksandr Saldostanow, Anführer des patriotischen Bikerclubs »Die Nachtwölfe«. Sie alle sind Teil der Inszenierung präsidentieller Macht, als die die »Botschaft« heute zelebriert wird.

Inhaltlich beschäftigt sich die »Botschaft an die Föderalversammlung«, meist nur mit Fragen der Tagespolitik. Selten hat ein Präsident den Versuch unternommen, ein Gesamtbild der Lage zu entwerfen. Weder Putin noch Medwedew haben die »Botschaft« genutzt, um politische Strategien zu entwerfen. Insofern waren auch von der Rede am 3. Dezember 2015 keine Überraschungen zu erwarten.

Der Text selbst wurde von einem Team von Redenschreibern vorbereitet, die Material aus den verschiedenen Ressorts und den Abteilungen der Präsidentschaft aufnehmen und verarbeiten. Was angesprochen wird, in welchem Ton, die Wortwahl und die Reihenfolge der Themen ist Ergebnis gründlicher Abwägung. Die Botschaft richtet sich an die politische Klasse Russlands, der die Füh-

zung signalisiert, welche Themen die operative Politik der nächsten Zeit bestimmen werden. Die politisch interessierte Öffentlichkeit kann sich dann Gedanken darüber machen, warum manche Themen nicht behandelt werden, und von welchen Überlegungen sich die engere Umgebung des Präsidenten bei der Ausarbeitung der Rede leiten ließ.

Aufbau und Inhalt der Botschaft 2015

Die Botschaft 2015 war deutlich kürzer als die des Vorjahres – 57 Minuten statt 70. Der Hauptteil war der Wirtschaft und der sozialen Frage gewidmet, knapp ein Fünftel befasste sich mit aktuellen Fragen der Außenpolitik (vgl. Tabelle 1). Eine klare Argumentationslinie oder eine durchgehende politische Idee waren nicht erkennbar. Die »Botschaft« kumuliert die Inputs der verschiedenen Ressortabteilungen und ist entsprechend kleinteilig angelegt.

Tabelle 1: Zeit, die in der Botschaft Putins an den Föderationsrat auf bestimmte Themen entfiel

Kapitel	Zeit (Minuten: Sekunden)	Mehr (+) oder weniger (-) im Vergleich zum Vorjahr
Insgesamt	57:45	-12:00
Einführung	1:50	
Außenpolitik, Terrorismus	9:55	-9:30
Innenpolitik	4:24	+2:58
Wirtschaft und Geschäftsleben	26:21	-4:08
Sozialer Bereich	13:13	+1:44
Schluss	2:02	

Terrorismus und Türkei

Ungewöhnlich war, dass der Präsident das Thema Außenpolitik an den Anfang der Rede stellte. Nach einer Schweigeminute, die den russischen Opfern (und nur den russischen Opfern) des Terrorismus galt, stellte Putin zunächst die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus heraus und erinnerte an die Anschläge in Russland – von der Geiselnahme in Budjonnowsk 1995, über die Sprengungen von Wohnhäusern 1999 in Moskau und anderen Städten, den Anschlag in der Moskauer Metro und die Geiselnahme in Beslan im Jahre 2004 sowie den Bombenanschlag im Flughafen Domoedowo 2011 bis hin zum Anschlag auf den russischen Airbus über der Sinai-Halbinsel im Oktober 2015. Nachdem er Russlands Rolle als langjährigen Kämpfer gegen den Terrorismus herausgestellt hatte, ging Putin auf die internationale Situation ein. Er warf den USA (ohne sie beim Namen zu nennen) vor, durch aggressives Vorgehen gegen unerwünschte Regime, durch Zerstörung

der Staatlichkeit und Schüren von Gegensätzen in der Region einen Nährboden für Terrorismus und Extremismus geschaffen zu haben. Den Einsatz russischer Streitkräfte in Syrien rechtfertigte er mit der besonderen Bedrohung, die für Russland vom syrischen Terrorismus ausgehe. Und ganz Russland, so Putin, stelle sich dieser Aufgabe mit echt patriotischem Gefühl, hoher Moral und zutiefst überzeugt davon, dass man seine Interessen, seine Geschichte, seine Werte verteidigen müsse.

Vor dem Hintergrund dieser Aussage bot Putin allen zivilisierten Staaten ein umfassendes Bündnis gegen den Terrorismus an. Im nächsten Atemzug attackierte er aber die türkische Führung, die er als Helfershelfer des Terrorismus bezeichnete, und warf ihr vor, den russischen Soldaten in den Rücken geschossen zu haben. Nur Allah, so Putin, wisse, warum sie das getan habe: »...Allah hat anscheinend beschlossen, die führende Clique in der Türkei zu bestrafen, indem er ihr Verstand und Vernunft geraubt hat«. Das war ein Ton, der Verhandlungen mit der Türkei praktisch unmöglich macht. Ebenso, wie die verdeckte Attacke auf die USA der Schaffung einer breiten Allianz gegen den Terrorismus kaum förderlich sein dürfte. Dem Angebot zu einer solchen Allianz folgen also keine konkreten Vorschläge. Es wird auch nicht deutlich, ob die russische Führung über ein Konzept für eine politische Lösung des syrischen Konflikts verfügt. Der Präsident präsentiert lediglich Feindbilder: den Terrorismus und seine türkischen Helfershelfer.

Innen- und Wirtschaftspolitik

Nach den Ausfällen gegen die türkische Führung wandte sich Putin übergangslos der Innenpolitik und den Duma-wahlen 2016 zu. Er forderte alle Russen auf, trotz unterschiedlicher politischer Ansichten fest zusammenzustehen: »... wir müssen unsere Geschlossenheit wahren, uns erinnern, dass die Hauptsache für uns Russland ist«.

Dann berührte der Präsident kurz das Thema Korruption und beauftragte den Generalstaatsanwalt, ohne Verzug jeder Meldung über Missbräuche auf diesem Gebiet nachzugehen. Auch Putin wird die Ironie nicht entgangen sein, dass er mit Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka eine Person in die Pflicht nahm, die gerade zwei Tage vorher in einem halbstündigen YouTube-Video als Pate eines Korruptionsrings präsentiert worden war (s. die Zusammenstellung der Blogs zu diesem Thema, unten S. 20). Im Anschluss daran ging der Präsident zur Strafrechtsreform über und schlug vor, kleinere Straftaten für Ersttäter nicht mehr mit Freiheitsentziehung zu bestrafen, und das Geschworenengericht zu reformieren.

Den Abschnitt über Wirtschaftspolitik leitete Putin mit dem Eingeständnis ein, dass die Lage durch den Rückgang der Ölpreise und den Ausschluss russischer Banken vom internationalen Finanzmarkt schwierig geworden sei.

Er gab auch zu, dass sich dies auf Einkünfte und Lebensstandard der Bevölkerung auswirke. Aber, so der Präsident, es gebe auch erste positive Anzeichen. Trotzdem müsse man die Politik ändern, zumal die Weltwirtschaftsordnung in Bewegung sei. Russland müsse stark werden. Die Maßnahmen, die er auflistete, zeichneten sich nicht gerade durch Originalität aus – und sind für eine rasche Stärkung der Volkswirtschaft alleine nicht sonderlich zielführend. Er forderte: (1) den Ausbau der verarbeitenden Industrie, (2) Subventionen für Risikobranchen wie Bauindustrie, Maschinenbau und Leichtindustrie, (3) Subventionen für Geringverdiener und (4) einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Der erste Punkt findet sich in allen Wirtschaftsprogrammen der letzten 10 Jahre – offensichtlich wurde er bislang nicht umgesetzt. Subventionierung des Prekariats dient der sozialen Stabilisierung, nicht dem Strukturwandel, die Unterstützung von Risikobranchen kann nur dann als Umstrukturierung verstanden werden, wenn sie mit umfassender Modernisierung verbunden ist. Wie solche Maßnahmen ohne zusätzliche Belastungen für den Haushalt finanziert werden können, darüber schweigt sich der Präsident aus.

Er hatte im Übrigen noch einen fünften Punkt: die Stärkung des Vertrauens zwischen »Staatsmacht« und Geschäftswelt. Der Präsident berichtete, dass die Strafverfolgungsorgane 2014 insgesamt 200.000 Verfahren wegen Wirtschaftsvergehen eingeleitet hätten, von denen nur 15 % mit einem Schuldspruch endeten. Dabei hätten allerdings 83 % der beschuldigten Unternehmer ihr Geschäft ganz oder teilweise eingebüßt. Dies sei ein Problem, und Putin beauftragte die Staatsanwaltschaften, die Kontrolle über die Strafverfolgung zu verbessern. Dieser Auftrag war eine erneute Unterstützung für Tschajka und zugleich eine deutliche Kritik an dessen schärfsten innenpolitischen Gegner, dem Leiter des Strafverfolgungskomitees Aleksandr Bastrykin. Zum Ende seiner Ausführungen zur Wirtschaft schlug der Präsident noch vor, die Kapitalamnestie, die bislang noch nicht zu einem verstärkten Rückfluss von Fluchtkapital geführt hat, um ein halbes Jahr zu verlängern.

Importsubstitution, Agrarsektor, technologische Modernisierung und Sozialpolitik

Einen anderen Aspekt stellte Präsident besonders heraus – die Importsubstitution. Diese Politik, die besonders in jenen Wirtschaftsbereichen stimulierend wirken soll, die besonders von Sanktionen betroffen sind, sollte nicht nur Lieferdefizite ausgleichen, sondern auch die Zwangssituation aktiv nutzen, um in Russland die Produktion von Gütern zu entwickeln, die bisher in der nationalen Produktpalette fehlen – mit dem langfristigen Ziel, diese auch auf den Weltmarkt zu exportieren. Die Führung bot dazu

Hilfen an und garantierte den Regionen eine Fortsetzung der finanziellen Unterstützung durch das Zentrum. Als positives Beispiel stellte Putin die Landwirtschaft heraus, die bis 2020 nicht nur den russischen Binnenmarkt abdecken, sondern Russland zum größten internationalen Lieferanten gesunder, qualitativ hochwertiger und ökologisch sauberer Agrarprodukte machen werde.

Eine nationale Initiative soll nicht nur die Technologieentwicklung fördern, man wolle auch das Investitionspotential der russischen Sparer nutzen und außerdem den Internethandel ausbauen. Außerdem erklärte Putin, Russland sei an einer weit gefächerten Zusammenarbeit mit internationalen Geschäftspartnern interessiert. Solchen Kooperationen seien auch Integrationsprozesse wie der Eurasische Prozess und die Zusammenarbeit mit China und Vietnam verpflichtet. Europa und die USA erwähnte Putin ausdrücklich nicht – obwohl die EU mit etwa 50 % des russischen Außenhandelsvolumens nach wie vor der wichtigste Handelspartner ist. Schließlich ging der Präsident noch auf den Ausbau der Transportwege und den Ausbau der Fernostregion ein.

Auch im Abschnitt über die soziale Lage entwarf die Botschaft kein geschlossenes Konzept, sie berührte nur eine Reihe unverbundener Einzelpunkte: Verbesserung der demographischen Situation, schulische und vorschulische Bildung, Gesundheitswesen, Verbesserung der Notfallversorgung und der Ausbau des sozialen Bereichs. In diesem Zusammenhang ging Putin auch auf die »Zivilgesellschaft« ein, die er für die Lösung sozialer Probleme fördern und ausbauen will.

Putin schloss die »Botschaft« mit einer Erklärung ab: »Russland hat sich mit lauter Stimme als starker selbständiger Staat mit tausendjähriger Geschichte und großen Traditionen zurückgemeldet, als eine Nation, die sich mit gemeinsamen Werten und gemeinsamen Zielen konsolidiert hat.« Und er zitierte den Chemiker Mendelejew: »Vereinzelt vernichtet man uns sofort. Unsere Kraft liegt in der Einheit, in der militärischen Kraft, im natürlichen Wachstum unseres inneren Reichtums und unserer Friedlichkeit.«

Der politische Gehalt

Geht man den Text durch und fasst alle Einzelaussagen zusammen, entsteht nicht der Eindruck, dass die Botschaft Ausdruck einer durchdachten Politik ist. Die Aneinanderreihung kleinteiliger Maßnahmen fügt sich nicht zu einem politischen Konzept. Besonders hilflos wirkt der Text an den Stellen, wo er sich mit Wirtschaftspolitik befasst. Auf die Frage, was getan werden muss, um die Einkünfte und den Lebensstandard der Bevölkerung zu wahren, gibt Putin keine Antwort. Dennoch behauptet er, Besserung sei eingetreten und verzettelt sich hier nach in der Auflistung von Einzelmaßnahmen. Auch der Aufruf zu einer internationalen Antiterror-Allianz wird

nicht durch konkrete Vorschläge untermauert. Insgesamt vermittelt die Botschaft den Eindruck, dass der engere Kreis um den Präsidenten keine Vorstellungen hat, welche Außen-, welche Innenpolitik und welche Wirtschaftspolitik mittelfristig betrieben werden soll. Deutlich wird hingegen, dass die Führung unter dem Druck steht, irgendwie Wirtschaftswachstum zu generieren – sowohl, um international als Großmacht zu erscheinen, als auch um den Lebensstandard der Bevölkerung erhalten zu können.

Die Inhaltsleere der Botschaft wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, was sie alles nicht enthält. So ignoriert Putin den Krim-Konflikt und den Minsk-Prozess. Die Frage der Sanktionen wird nur in einem Halbsatz gestreift. Für die Beziehungen zu den USA und zu den Staaten der Europäischen Union wäre eine Umsetzung des Minsk II-Abkommens von zentraler Bedeutung. Diese würde eine Aufhebung eines Teils der Sanktionen und die Normalisierung der politischen und ökonomischen Beziehungen zur EU ermöglichen. Und erst dies würde den Weg freimachen für neue Investitionen und eine Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft. Die Wende nach Asien kann den Handel mit den EU-Staaten und die Investitionen aus der EU kurzfristig nicht ersetzen. In der »Botschaft« war hiervon keine Rede.

Es fehlt offensichtlich auch ein wirtschaftspolitisches Konzept. Man kann mit Fug und Recht daran zweifeln, dass Wirtschaftsminister Uljukajew und dessen Mitarbeiter bei der Rede Hand angelegt haben. Die Vorstellung, der Investitionsbedarf könne aus Sparguthaben der Bevölkerung gedeckt werden, ist dilettantisch. Die Verlängerung der Kapitalamnestie um ein halbes Jahr ist wenig aussichtsreich, nachdem bisher kaum ein Unternehmer das Angebot zur straffreien Rückkehr seines Kapitals nach Russland wahrgenommen hat. Ein nennenswerter Zuwachs an Investitionen ist davon nicht zu erwarten. In diesem Zusammenhang ist auch bemerkenswert, dass der Präsident die Politik der »Deoffshorisierung«, die er 2012 in seiner Botschaft proklamiert hatte, um dann 2013 zu bedauern, dass nichts geschehen sei, stillschweigend zu den Akten gelegt hat. Die gescheiterte Initiative wird nicht mehr erwähnt.

Der Text unternimmt noch nicht einmal den Versuch einer Analyse der komplizierten Situation im Nahen Osten. Die Kritik an den USA, die im Text nicht explizit genannt, denen aber die Schuld an der Destabilisierung der Region gegeben wird, ist vielleicht nicht unberechtigt. Doch die Botschaft zeigt keinen Weg auf, wie man sich mit den USA und anderen beteiligten Staaten, etwa dem Iran oder Saudi-Arabien, über ein gemeinsames Vorgehen in Syrien einigen will. Der grobschlächtige Angriff auf die türkische Führung ist nicht geeignet, eine politische Verständigung zu erleichtern. Die russische Führung hat in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche mit den Regierungen in diesem Raum geführt und verfügt durch-

aus über eine gute Übersicht über die Probleme der Region, doch schlägt sich das in der »Botschaft« nicht nieder.

Auch im Bereich der Innenpolitik ist der Bericht lückenhaft. Putin ignoriert den Fernfahrerstreik, der die russische Öffentlichkeit in den letzten Wochen beschäftigt hat, und der durch die Einführung eines Mautsystems namens »Platon« ausgelöst wurde. An »Platon« verdient unter anderem Igor Rotenberg, ein Sohn des Milliardärs Arkadij Rotenberg, dem große Nähe zu Putin nachgesagt wird. Die Blockade von Fernstraßen durch die LKW-Fahrer signalisiert Unzufriedenheit mit den Behörden und den Verflechtungen zwischen Staat und Oligarchen. Doch das ist offenbar kein Thema für den Präsidenten.

Putin geht auch nicht auf den Korruptionsskandal um die Familie von Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka ein, den Aleksej Nawalnyj zwei Tage zuvor öffentlich gemacht hat (vgl. die Dokumentation der Blogs, unten S. 20). Aus Putins Aufträgen an die Generalstaatsanwaltschaft und seiner Kritik an den Strafverfolgungsorganen, die mit der Staatsanwaltschaft seit Jahren in einem Konkurrenzverhältnis stehen, kann man sogar schließen, dass der Präsident den Generalstaatsanwalt deckt.

Auch die Diskussion über das Gesetz, das aus dem Ausland finanzierte, politisch tätige NGOs als »ausländische Agenten« brandmarkt, wird von Putin übergangen. Bei ihm kommt nur die »gute« Zivilgesellschaft vor, die – vom russischen Staat gefördert – soziale Probleme löst.

Fazit

Man kann nur spekulieren, warum der Präsident und sein Redenschreiberteam diese lückenhafte Rede zusammengestellt haben. Offenbar gilt der eingefrorene Krieg in der Ostukraine eher als Belastung, an die man die Bevölkerung nicht erinnern will. Auch die Hoffnung, dass Russland mit dem militärischen Engagement in Syrien in den Kreis der Großmächte zurückkehrt, hat sich vorläufig nicht realisiert – die Obama-Administration weigert sich hartnäckig, mit Russland auf Augenhöhe zu verhandeln. Da kommt das aggressive türkische Verhalten gerade recht, um einen Feind zu präsentieren und patriotische Gefühle zu mobilisieren.

Zugleich traut die Führung ihrem Volk nicht. Das Attentat auf den russischen Airbus, der über dem Sinai durch eine Bombe zum Absturz gebracht wurde, hat man so lange schamhaft verschwiegen, bis man die Tatsache im Schatten der Pariser Anschläge öffentlich machen konnte, ohne dass Fragen nach dem Sinn des russischen Einsatzes in Syrien gestellt werden. Offenbar fürchtet man die Kritik. Man fürchtet außerdem einen Rückgang der Akzeptanz des Regimes angesichts der ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten und einer möglicherweise erstarkenden Opposition. Anders ist

nur schwerlich zu erklären, warum Putin immer wieder die Notwendigkeit zur Einigkeit und Geschlossenheit betont und dazu auch Klassiker wie den großen russischen Chemiker Mendelejew zitiert.

Die Auswahl der angesprochenen Themen und die Aussparung anderer ließe sich also damit erklären, dass der Präsident mit Terroristen und der türkischen Führung einen Feind präsentieren möchte, um den Blick von der Ukraine abzulenken (von »Faschisten« in Kiew ist in der Botschaft nicht die Rede). Zudem hofft man anscheinend auf eine Antiterror-Allianz mit den europäischen Staaten, in deren Schatten der Russland-Ukraine-Konflikt seine Bedeutung verlieren würde – womög-

lich, ohne dass die Putin-Administration auf der Krim und in der Ostukraine Zugeständnisse machen müsste. Wirtschafts- und sozialpolitisch hat die Putin-Administration offenbar kein Konzept, der drohenden Verschlechterung der Verhältnisse kann sie nur durch den Appell an nationale Geschlossenheit entgegenwirken.

All das stimmt wenig optimistisch. Der Verzicht auf Politik erscheint symptomatisch für eine Führung, die innenpolitisch in den letzten drei Jahren auf Stabilisierung durch Feindbildproduktion gesetzt hat – und dafür die außenpolitische Isolierung und eine Wirtschaftskrise in Kauf genommen hat.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipp:

Presidential Address to the Federal Assembly, (offizielle englische Fassung der »Botschaft«), 3. Dezember 2015, <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/50864>>.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die Rahmendaten der »Botschaft an die Föderalversammlung«

Tabelle 2: Dauer und Umfang der Botschaften 2000–2015

Datum	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute)
3. Dezember 2015	57	6.197	40.325	428	109
4. Dezember 2014	70	7.139	46.076		102
12. Dezember 2013	69	7.550	49.875	521	109
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew Präsidentschaften von Wladimir Putin

Zusammengestellt nach Angaben in den russischen Zeitungen *Kommersant* (2008–2013) und *Komsomolskaja prawda* (2014), <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>, 6.11.2008>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>, 13.11.2009>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197>, 1.12.2010>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1844061>, 23.12.2011>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>, 13.12.2012>; <http://im.kommersant.ru/ISSUES.PHOTO/DAILY/2013/230/_2013d230-01-01.jpg, 17.12.2013>; <<http://www.kp.ru/daily/26316.4/3194879/>, 5.12.2014>; <<http://www.kommersant.ru/doc/2868565>>, 5.12.2015.

Tabelle 3: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2015

	Putin				Medwedew				Putin							
	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
<i>Zahl der Wörter</i>	6.197	7.139	7.550	9.393	6.452	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207	6.014	5.778	6.435	5.185
wir	93	88	77	179	67	138	81	92	60	60	37	32	55	51	54	51
ich	12	7	12	27	36	54	35	15	12	9	3	5	10	9	9	18
muss	49	63	89	100	53	60	86	68	53	65	52	60	45	46	58	25
ich schlage vor...	16	14	11	4	5	3	5	12	11	10	2	0	0	0	0	0
notwendig	55	52	56	81	36	68	89	65	54	65	35	58	30	47	31	32
Ergebnisse	2	3	2	2	5	1	0	3	3	0	0	1	4	2	4	0
Russland	55	72	56	101	35	35	60	44	74	46	65	95	95	56	46	60
Staat	23	33	30	43	33	35	51	28	45	29	59	32	43	48	62	97
Gesetz	13	17	14	27	26	23	35	38	17	9	22	3	11	37	53	22
Ukas	2	2	4	3	1	1	4	1	0	1	0	1	1	1	0	1
Mai-Erlasse 2012	1	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Politik	6	12	8	34	10	18	27	33	23	16	14	12	46	19	26	33
Demokratie	0	1	1	6	3	5	8	26	7	2	23	8	4	1	1	12
Freiheit	11	14	4	4	7	5	1	29	4	2	31	9	7	7	8	24
Entwicklung	20	23	44	45	27	19	40	28	35	33	25	30	11	16	12	21
Reformen	1	1	4	0	4	2	2	7	5	5	3	7	13	17	15	4
Modernisierung	2	0	1	3	13	24	20	2	7	7	1	8	4	5	1	1
Wirtschaft	31	27	23	36	16	24	33	37	34	30	26	47	64	58	54	51
Technologie	17	20	16	9	12	16	39	8	18	12	0	1	4	6	2	1
Innovation	0	0	3	0	3	6	14	6	3	5	0	0	0	0	0	1
Unternehmer	8	5	5	4	3	1	5	3	4	7	6	2	6	10	8	11
Oligarchen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Krise	0	0	1	2	16	7	10	17	2	0	0	1	3	2	1	4
Sanktionen	0	4	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Offshore-Frage	0	1	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
»Beamte«	1	0	0	6	2	2	1	2	0	2	5	0	1	4	4	4
Bürokratie	1	0	0	1	2	0	1	3	1	2	5	0	4	4	1	2
Korruption	2	0	3	6	8	3	11	9	1	2	1	1	0	4	1	5
Zukunft	6	3	3	10	5	6	83	7	16	3	6	3	4	0	6	3
es wird ...	12	15	21	25	22	13	28	52	16	9	18	15	16	4	9	7
Vergangenheit	10	3	5	7	1	4	6	2	8	5	6	5	9	7	10	2
war	11	14	4	33	19	15	26	16	23	22	21	6	2	2	12	4
Jahr	61	82	64	81	65	85	78	51	99	71	46	25	81	44	76	40

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2015 (Fortsetzung)

	Putin				Medwedew				Putin							
	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Militär	5	1	11	4	10	4	7	9	15	20	3	10	6	5	2	1
Armee	2	2	2	2	4	6	0	4	2	17	0	6	8	4	2	0
Terrorismus	23	6	1	0	2	0	2	1	1	9	6	7	8	5	3	3
Krieg	2	1	2	4	0	0	3	0	0	2	0	0	0	3	1	1
Sicherheit	2	9	5	6	10	8	10	10	8	8	4	6	5	6	3	2
Gesellschaft	20	14	27	40	19	17	32	23	20	10	40	19	25	11	14	25
Zivil- gesellschaft	5	3	5	9	1	4	6	5	4	2	6	9	6	1	0	7
NGOs	3	2	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mensch	4	7	12	11	7	9	10	14	5	6	13	7	12	3	4	5
Demographie	6	3	3	8	1	4	2	0	1	6	1	1	1	0	0	1
Familie	6	3	6	8	10	7	4	2	2	13	0	3	1	1	3	0
Kinder	10	4	6	10	23	39	11	3	0	16	3	4	0	2	2	4
Kleinkind	5	3	0	7	1	20	1	0	0	17	1	0	0	0	0	0
sozial	8	19	14	16	12	16	24	17	11	16	9	18	7	4	17	14
Gesundheit	3	5	3	4	3	11	8	8	1	2	4	2	3	6	4	1
Renten	0	0	1	3	13	5	3	12	27	4	1	1	4	3	17	3
Wohnen	2	1	16	16	12	12	3	0	15	6	2	15	2	10	0	1
Wohnung	0	0	0	1	6	0	2	0	2	1	0	3	0	0	0	0
Schule	8	13	14	12	9	14	26	18	2	5	1	2	1	1	1	0
Bildung	8	14	18	18	8	12	18	14	1	9	5	24	3	1	21	6
Wissenschaft	1	7	11	11	6	2	11	3	15	5	5	4	2	11	12	1
Vaterland	5	12	3	11	2	4	11	2	8	5	4	6	4	5	8	4
Patriot	1	3	1	7	0	3	1	1	1	1	0	0	0	0	0	3
Identität	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Werte	2	4	7	5	5	5	8	20	5	4	12	3	3	0	0	5
Moral	1	1	1	4	0	0	2	4	4	0	2	0	1	0	1	2
Sitte, Moral	2	0	3	9	1	1	2	5	3	1	6	1	1	0	0	1
Tradition	6	6	9	11	1	1	6	4	3	3	4	1	3	0	3	2
Macht, Großmacht	0	2	2	0	0	1	2	0	0	5	0	1	3	0	0	0
USA	0	4	1	0	1	0	0	1	1	0	0	2	0	0	0	0
Amerika	0	5	0	3	1	3	1	9	3	4	0	0	1	0	0	0
EU	0	1	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0
Europa	1	4	2	1	5	5	3	8	11	3	6	5	8	2	5	1
Eurasien	3	2	3	1	4	3	0	2	2	1	1	1	1	0	1	0
Zollunion	2	3	3	4	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ukraine	0	17	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Fortsetzung auf der nächsten Seite

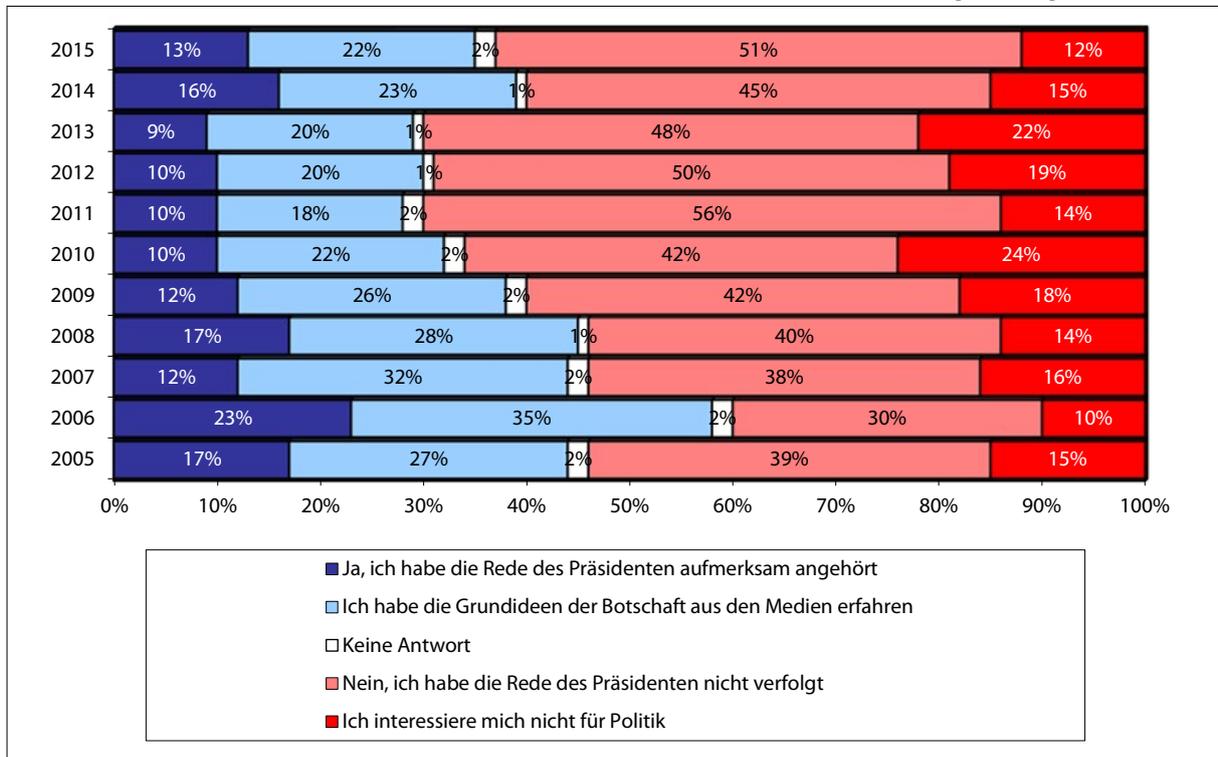
Tabelle 3: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2015 (Fortsetzung)

	Putin				Medwedew				Putin							
	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Belarus	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Georgien	0	0	0	1	0	0	1	5	1	0	0	0	0	0	0	0
China	1	0	0	0	1	3	1	1	0	1	0	2	0	0	0	0
Asien	1	1	0	1	1	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0
ATR (Asia-tisch-Pazifische Region)	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SCO (Shanghai Cooperation Organisation)	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ASEAN	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.12.2012, 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>>; Kolesnikow, Andrej: Nisposlanie Federalnomu sobraniju, in: Kommersant, 4.12.2015 <<http://www.kommersant.ru/doc/2868565>> und eigene Berechnung auf Basis der Auszählung der Texte.

Umfrage zur »Botschaft an die Föderalversammlung«

Grafik 1: Haben Sie die Rede des Präsidenten vor der Föderalversammlung verfolgt?

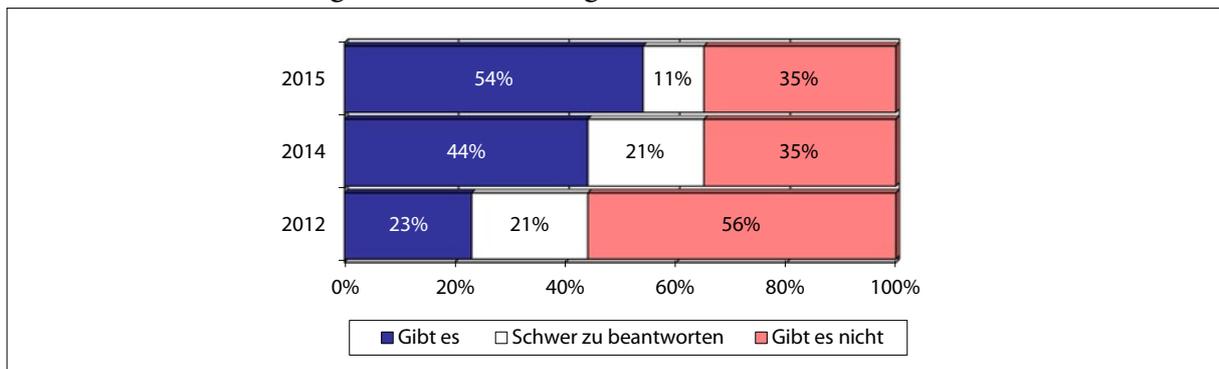


Quelle: Repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum 5–6 Dezember 2015, N=1600, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115508>>, 11. Dezember 2015

UMFRAGE

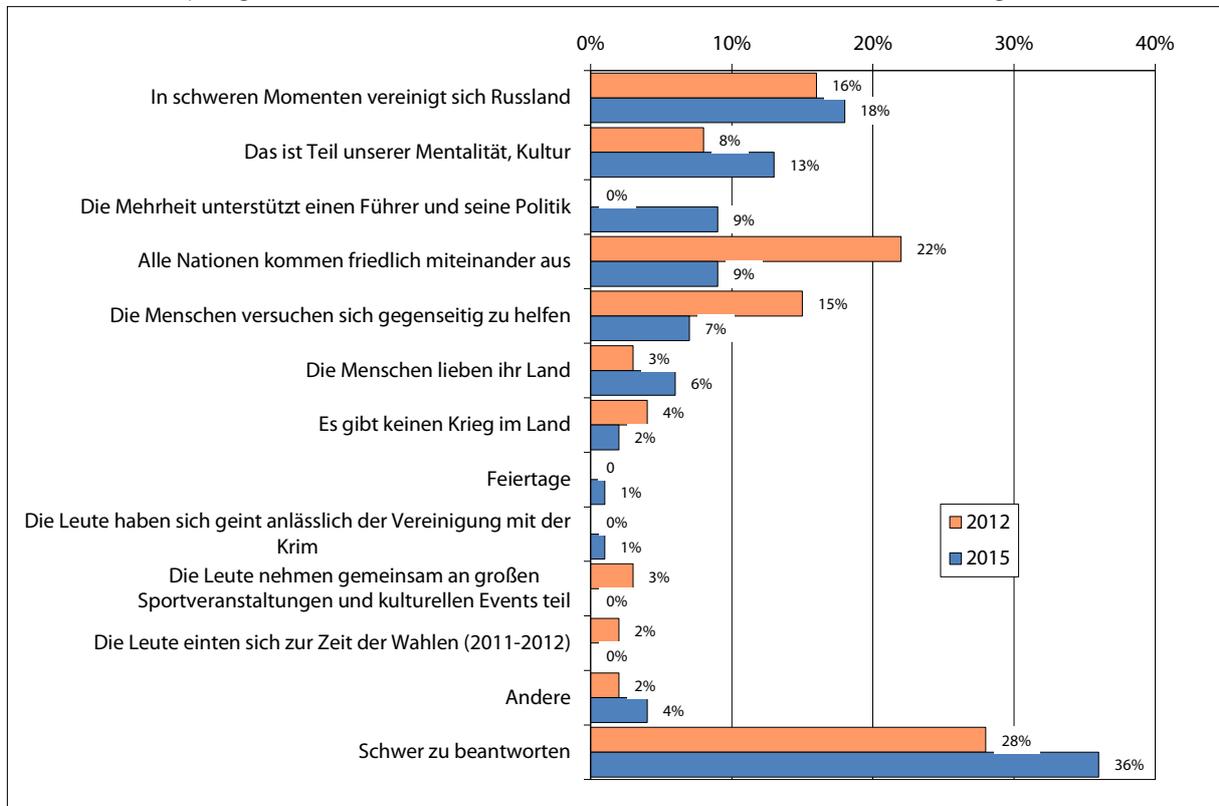
Russen über das politische System und die politische Lage

Grafik 2: Gibt es in Russland, Ihrer Meinung nach, heutzutage eine nationale Einheit? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit, in %)



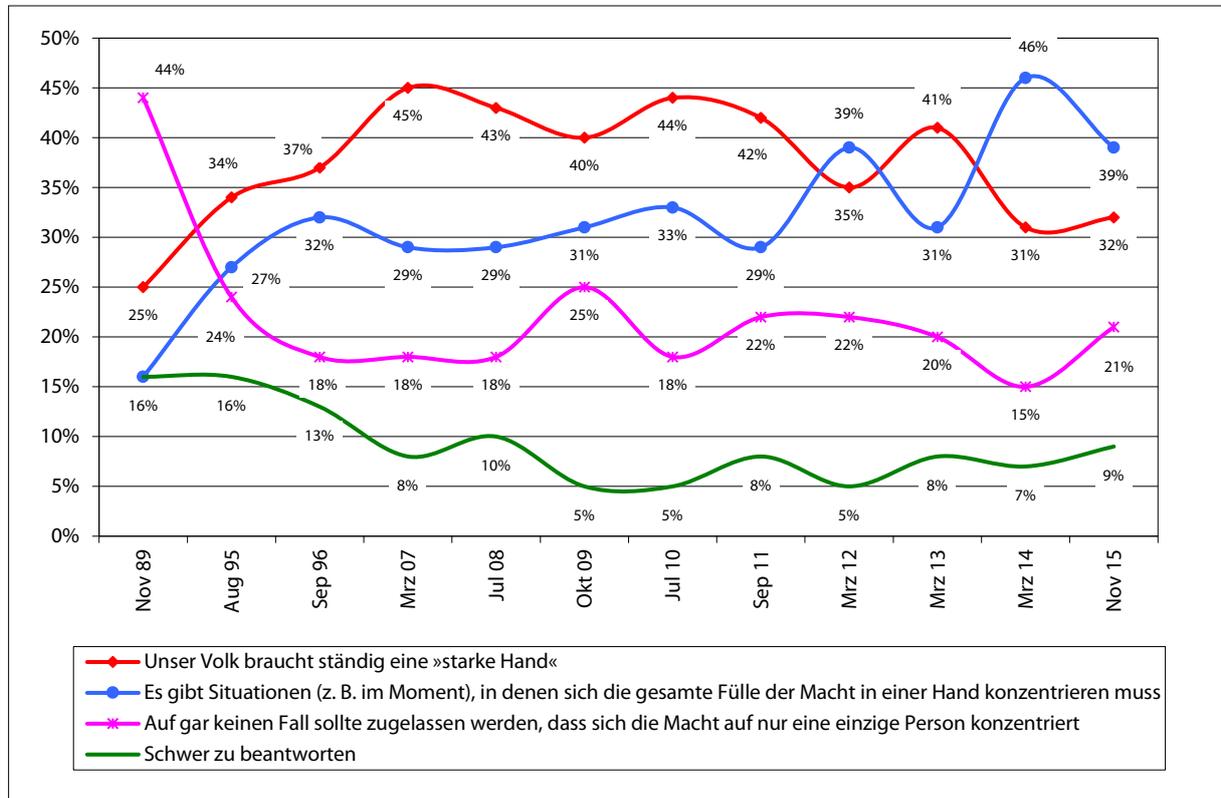
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 17.–18. Oktober 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115448>>, 3. November 2015

Grafik 3: Wenn Sie der Auffassung sind, dass es in Russland eine Form der nationalen Einheit gibt, dann warum? (offene Frage, beliebige Zahl an Antwortmöglichkeiten, in % derjenigen, die denken, dass es in Russland eine nationale Einheit gibt)



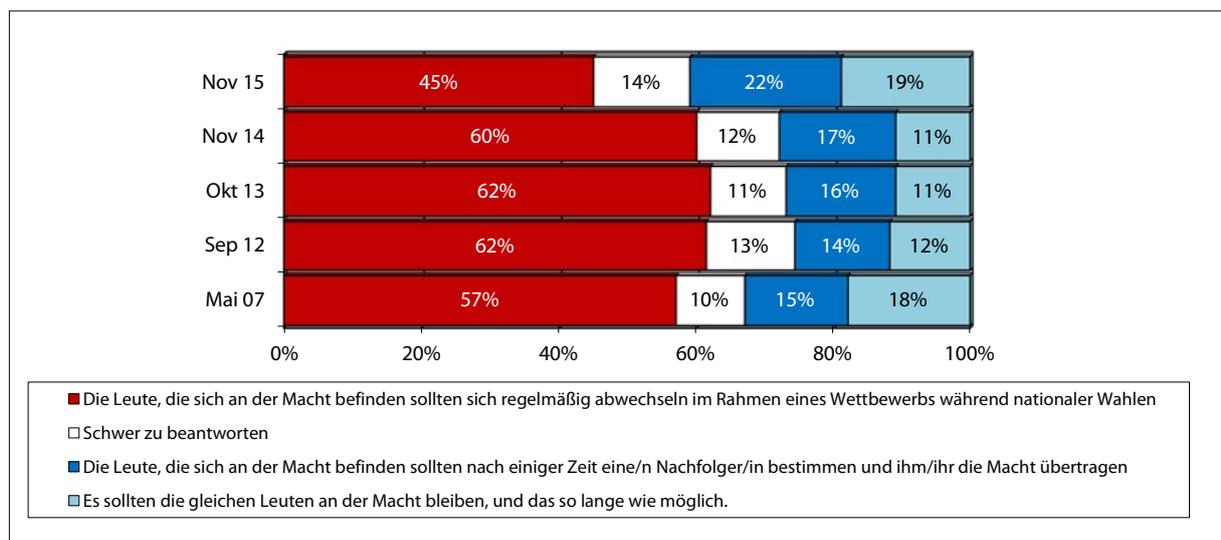
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIAM im Zeitraum vom 17.–18. Oktober 2015; N = 1600; <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115448>>, 3. November 2015

Grafik 4: Gibt es Ihrer Meinung nach Situationen, in denen das Land eine mächtige Führung braucht, eine »starke Hand«?



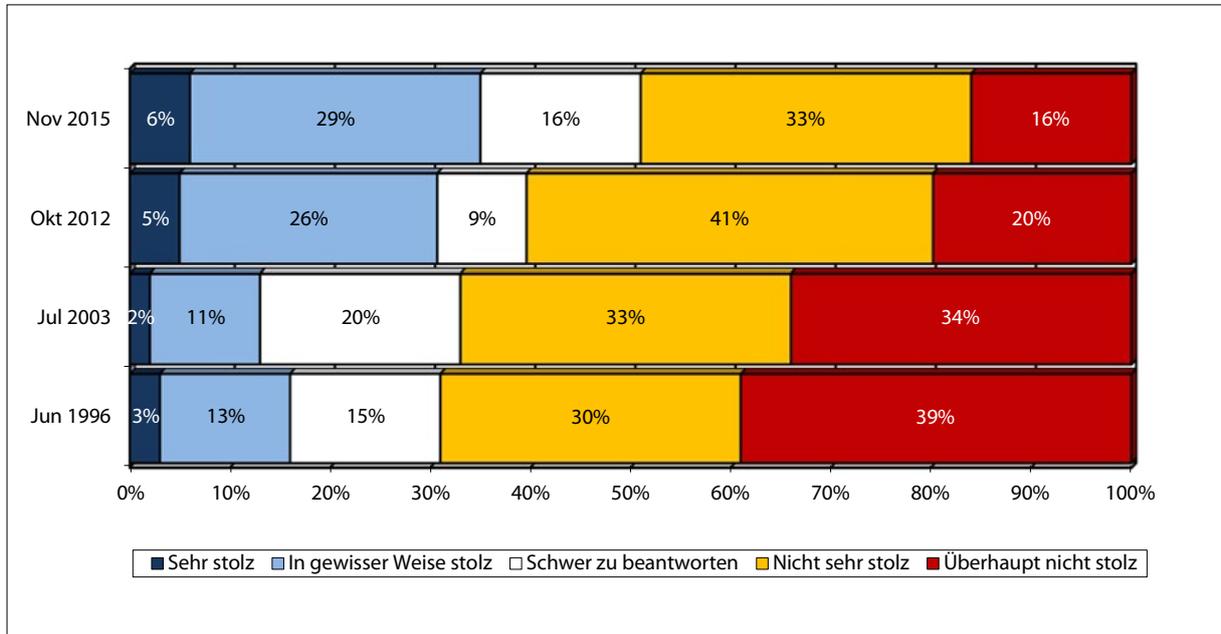
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/03/silnaya-ruka-i-preemstvennost-vlasti/>>, 4. Dezember 2015

Grafik 5: Was für eine Form oder Prozedur der Machtübertragung würden Sie in Russland heute befürworten?



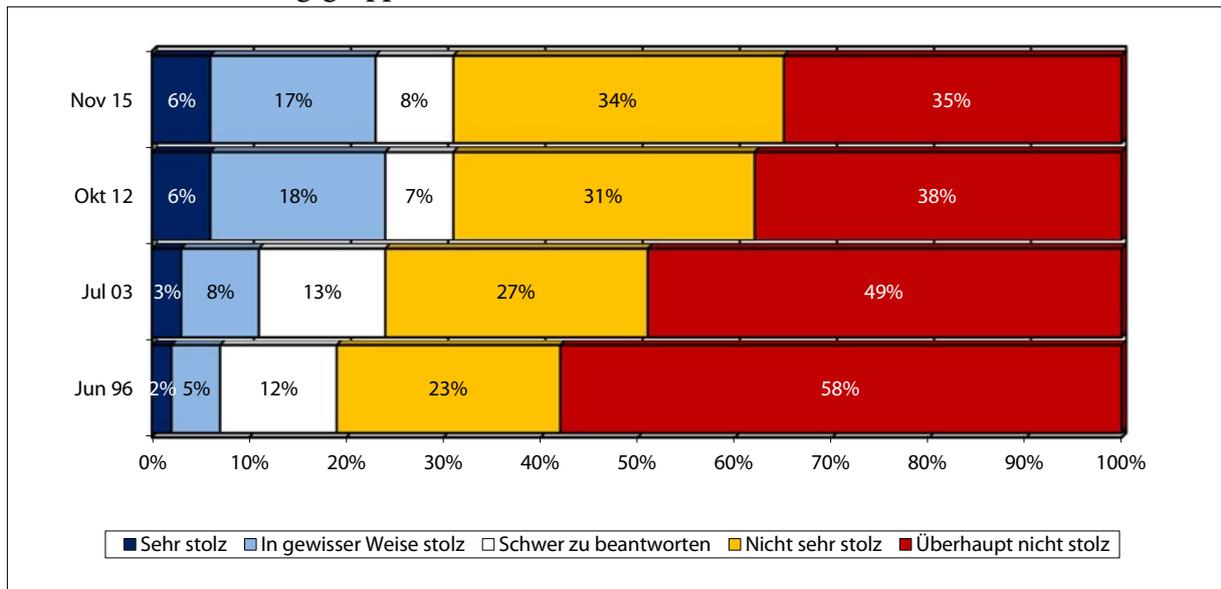
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/03/silnaya-ruka-i-preemstvennost-vlasti/>>, 4. Dezember 2015

Grafik 6: In welchem Umfang sind Sie stolz auf die Entwicklung der Demokratie in Russland?



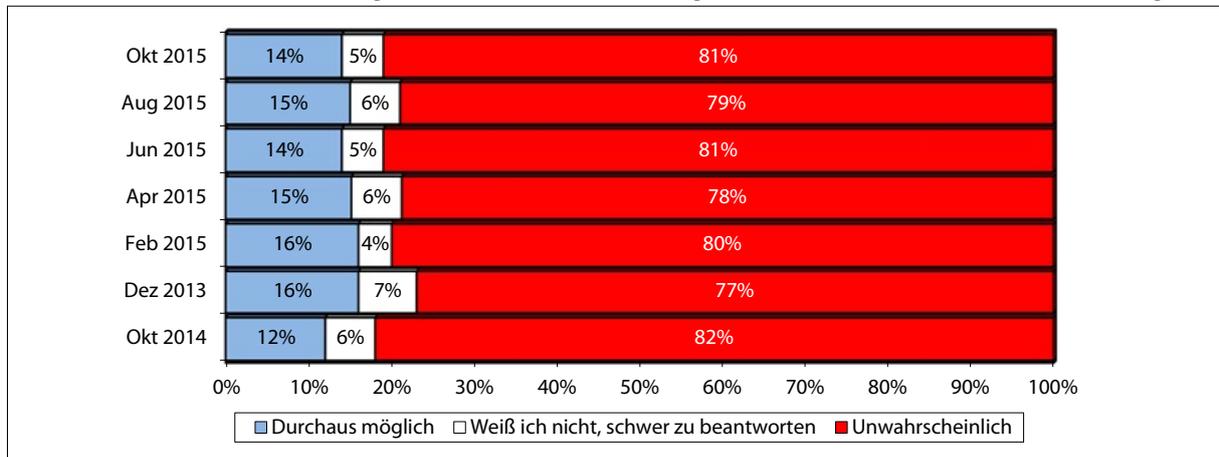
Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 20.–23. November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/07/gordost-patriotizm-i-otvetstvennost/>>, 8. Dezember 2015

Grafik 7: In welchem Umfang sind Sie stolz auf die Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen in Russland?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum vom 20.–23. November 2015; N = 1600; <<http://www.levada.ru/2015/12/07/gordost-patriotizm-i-otvetstvennost/>>, 8. Dezember 2015

Grafik 8: Ist ein Aufkommen von Protest mit politischen Forderungen (in Form von Demonstrationen, Meetings, Streiks), Ihrer Meinung nach, in ihrer Stadt/ihrem Dorf möglich?



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum 23.–26. Oktober 2015; N = 1600; <<http://www.lewada.ru/2015/11/09/gotovnost-protestovat-i-interes-k-politike/>>, 9. November 2015

ANALYSE

Herausfordernde Situation am Bankenmarkt, wachsender Einfluss »neuer« staatsnaher Kreditinstitute

Gunter Deuber, Wien

Zusammenfassung

Der Bankenmarkt in Russland befindet sich derzeit in einer angespannten Lage. Die Schwäche der Realwirtschaft lastet auf den Banken. Die Rubelrefinanzierungskosten bleiben hoch, die Profitabilität sinkt, und die notleidenden Kredite nehmen massiv zu. Zudem sind internationale Geschäfts- und Refinanzierungsmöglichkeiten de facto für alle russische Banken – de jure vor allem für einige staatliche Großbanken – weiter stark limitiert. In Kombination mit Druck hinsichtlich der Erfüllung steigender regulatorischer Vorgaben durch die Notenbank zeichnet sich derzeit eine überfällige Konsolidierung in historischem Ausmaß ab. Dieser volkswirtschaftlich-strukturell zweckmäßige Bereinigungsprozess wird indes überschattet von einem weiter steigenden Einfluss staatsnaher Banken – vor allem auch vermeintlich privatwirtschaftlicher Akteure – abseits der bekannten staatlichen Großbanken. Dieser Trend liegt in der aktuellen Systemlogik begründet, hat aber mittelfristig negative Folgen für die russische Volkswirtschaft. Einhergehend mit dem zunehmenden Einfluss de jure staatlicher beziehungsweise de facto staatsnaher Kreditinstitute sinkt der Marktanteil ausländischer und vor allem westeuropäischer Banken weiter.

Konsolidierungsdruck im Bankensektor

Derzeit befindet sich der Bankensektor in Russland in einer sehr herausfordernden Situation. Die notleidenden Kredite steigen weiter an, dies besonders massiv im Privatkundengeschäft (hier beträgt der Anteil notleidender Kredite schon fast 10% aller Kredite). Auf den gesamten Sektor gerechnet ist die Profitabilität bereits stärker

gesunken als in der Krise von 2008/2009; anders gesagt: Der Bankensektor ist derzeit insgesamt kaum profitabel. Zudem ist der gesamtwirtschaftliche Ausblick deutlich schlechter als nach der Krise 2008/2009. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass die letzten Wochen von einer innerrussischen öffentlichen Debatte um eine (vermeintliche) Krise im Bankensektor geprägt waren.

Befeuert wurde diese Diskussion von German Gref, dem Vorstandsvorsitzenden der »Sberbank«, der mit Abstand größten Bank im Lande, während die Notenbank, Regierungsvertreter und andere Branchenvertreter sich rasch beschwichtigend äußerten. Zeitgleich zu der öffentlichen Debatte um den Zustand der Banken im Allgemeinen zeichneten sich in den letzten Wochen zunehmend Probleme bei der staatlichen Entwicklungsbank (»Vnesheconombank«, VEB) ab, die allerdings de jure keine Bank ist. Derzeit gibt es Planungen, die VEB substanziell mit staatlichen Mitteln zu stützen bzw. Teile ihrer Schulden zu verstaatlichen. Im Schnitt hat VEB seit 2007 etwa 2,7 Milliarden US-Dollar pro Jahr an Kapitalinjektionen durch den Staat gebraucht, doch die aktuell massiven Sorgen um eine ernste finanzielle Schieflage der Institution sind spiegelbildlich für die Lage im Banken- und Finanzsektor insgesamt.

Das aktuell herausfordernde wirtschaftliche und finanzielle Umfeld hat in den letzten 12–18 Monaten, trotz umfassender Stabilisierungsmaßnahmen für den Banken- und Finanzsektor durch den Staat und die Notenbank (vor allem durch Bereitstellung von US-Dollar-Liquidität durch die Notenbank, Rekapitalisierung von Banken mit Staatsgeldern, erleichterte Bilanzierungsstandards), zu einer erheblichen Zahl an Bankenschließungen geführt. Schon im Jahr 2014 mussten 89 Banken (von zu Jahresbeginn 923) schließen. Damit fand schon letztes Jahr eine der größten Marktberichtigungen der letzten Jahre statt. Bis zum Ende des 3. Quartals 2015 gab es weitere 60 Mark austritte; bis zum Jahresende könnten damit auch in diesem Jahr 70–90 Banken geschlossen werden und die Gesamtzahl der Kreditinstitute dürfte sich bald der Marke von etwa 750 annähern (Stand Ende September gemäß offiziellen Zahlen: 767). Die Anzahl der Bankenschließungen zeigt die Dimension der Konsolidierungserfordernisse im russischen Bankensektor deutlich. Es operieren in Russland eindeutig immer noch zu viele Banken, selbst wenn es vor fünf Jahren noch ca. 1.000 waren und vor zehn Jahren etwa 1.300. Ökonomisch betrachtet, also in Relation zur Wirtschaftskraft und im Vergleich mit relevanten Vergleichsländern gesehen, bräuchte es in Russland für eine sinnvolle und transparente Finanzintermediation (Zusammenführung von Ersparnissen und Investitionen) nur maximal 100–200 Banken. Daher könnten mittelfristig in den kommenden Jahren noch mehr als 400 bis 500 Banken (mit jeweils eher kleinen Marktanteilen) vom Markt verschwinden. Angesichts der skizzierten Herausforderungen und Konsolidierungserfordernisse mussten in den letzten zwei Jahren vor allem viele kleinere, aber zunehmend auch mittelgroße Kreditinstitute (also auch Institute die unter den 50–100 größten Banken des Landes rangieren) mit Hilfe grö-

ßerer bzw. über bessere Refinanzierungsoptionen verfügbarer Banken aufgefangen werden. Die Notenbank führte als Lizenzentzugs- bzw. Schließungsgründe meist dubiose Transaktionen, gefälschte Jahresabschlüsse bzw. Finanzkennzahlen oder exzessive Kredit- bzw. Konzentrationsrisiken im Sinne von zu vielen Großkrediten an einzelne Personen bzw. Entitäten an. Teils wurden zur Bankenabwicklung und/oder –übernahme auch Mittel der staatlichen Einlagensicherung verwendet. Deren Mittel sind daher in den letzten 12–18 Monaten rapide abgesunken.

Der Konsolidierungsprozess im Bankensektor ist an sich sinnvoll. Denn ein Großteil der Banken, die aktuell unter wirtschaftlichen Druck geraten oder regulatorische Anforderungen nicht erfüllen können, hat kein über den Wirtschaftszyklus tragfähiges Geschäftsmodell oder kann angesichts einer beschränkten Geschäftstätigkeit keine sinnvollen Diversifizierungseffekte erzeugen. Die 2014 und 2015 geschlossenen Banken waren größtenteils keine Universalbanken, sondern auf einen begrenzten Unternehmenskundenkreis beschränkt, der oft in Nahverbindung zu dem Bankeigentümer (oder den Bankeneigentümern) steht (sogenannte »Oligarchenbanken«). Eine zurückgehende Bedeutung der »Oligarchenbanken« ist positiv für das Banken- und Finanzsystem in Russland; so wäre eine höhere Transparenz bei Zahlungsströmen in der russischen Wirtschaft möglich. In den letzten Monaten sind aber auch einige größere Banken – also nicht nur »Oligarchenbanken« – unter Druck geraten, Banken, die im letzten Zyklus zu stark in kurzfristig sehr profitablen, aber auch hochriskanten, Geschäftsfeldern (etwa dem Konsumentenkreditgeschäft) gewachsen sind. Der Konsumentenkreditboom in Russland war angesichts des sich schon vor der Ukraine-Krise abzeichnenden deutlichen Abschwungs der Realwirtschaft wenig nachhaltig. Insofern gilt zu betonen: Bei dem derzeit beschleunigten Konsolidierungsprozess geht es vor allem um eine Marktberichtigung im Sinne des Ausscheidens von weniger widerstandsfähigen Marktakteuren, und zwar in einem schwierigen Umfeld, und es geht nicht unbedingt um eine Reduzierung der Anzahl der Banken.

Notenbank setzt weiter auf tendenziell höhere Regulierungsstandards

Der skizzierte Prozess der Konsolidierung wird durchaus aktiv von der russischen Notenbank (»Bank Rossii«, »Zentralnyj Bank Rossijskoj Federazii« – ZBRF) gefördert. Sie hat sich in den letzten Jahren als strenger (Allfinanz-)Regulator etabliert und hat auch Regulierungsschritte gesetzt, die nicht immer politisch beliebt gewesen sind. Zum Beispiel hat die Notenbank dem Konsumentenkreditboom, an dem im späteren Stadium

auch die großen staatlichen und staatsnahen Banken beteiligt waren, 2013 bzw. 2014 einen Riegel vorgeschoben. Zudem hat die Notenbank schon lange auf eine Konsolidierung und Marktberreinigung im Bankensektor gedrängt und diese Zielsetzung durchaus auch mit regulatorischen Mitteln forciert. In diesem Kontext ist zu betonen, dass sich die ZBRF schon länger dem Ziel verschrieben hat, möglichst rasch und soweit wie möglich internationale Bankenregulierungsstandards (Basel II/III) in Russland umzusetzen. Zudem hat die Notenbank auf Basis der Größe der Bilanz, der Einlagen sowie des Anteils am Interbankenmarkt 2015 eine Liste sogenannter systemrelevanter Banken erstellt – unter ihnen sind natürlich die großen staatlichen und staatsnahen Institute –, die erhöhten regulatorischen Anforderungen unterliegen. Diese zehn Banken, die für ca. 60 Prozent der Bankaktiva in Russland stehen, müssen sich in den kommenden Jahren (bis 2019) auf signifikant steigende Liquiditäts- und Eigenkapitalanforderungen einstellen.

Angesichts der aktuellen Situation im Bankensektor muss die Notenbank allerdings auch Abstriche machen bei ihrer Konsolidierungs- und Regulierungsagenda. So hat sie etwa in den letzten 12 Monaten weitgehende Ausnahmen bei der Bilanzierung eingeführt, um die offiziell publizierten Ergebnisse der Banken weniger schlecht aussehen zu lassen bzw. de facto die Zahl der Banken mit Liquiditäts- und/oder Kapitalproblemen nicht zu groß werden zu lassen. Diese Bilanzierungsausnahmen wurden nun im Herbst zunächst bis Jahresanfang 2016 verlängert. Zudem hat die Notenbank Russlands – entgegen dem derzeitigen internationalen Trend – angedeutet, dass sie die Eigenkapitalanforderungen vor allem für kleinere und mittelgroße Banken wenn nötig zunächst einmal deutlich absenken könnte (auf 4,5 und 8 Prozent von 5 und 10 Prozent für gewisse Eigenkapitalkategorien, d. h. Kern-Tier-1-Kapital und Gesamtkapital). Auch sind geplante Regulierungen bzw. Limite für Ausleihungen der Banken an verbundene Parteien bzw. Entitäten auf 2017 verschoben worden. Auch eine generelle Annäherung an die Basel-III-Regeln (für Jahresanfang 2016 vorgesehen) wird auf Grund von geäußerten Sorgen anderer staatlicher Stellen (Ministerien, Politiker) aufgeschoben. Die skizzierte besondere Regulierung der zehn größten Banken im Land – inklusive der Auslandsbanken – soll nicht aufgeschoben werden.

Steigende Bedeutung staatlicher und staatsnaher Banken

Insgesamt ist der aktuelle Konsolidierungs- und Bereinigungsprozess für die russische Volkswirtschaft nicht per se abträglich. Er wird allerdings überschattet von einem damit einhergehenden steigenden Einfluss der staatlichen und vor allem der staatsnahen Banken, von

bereits hohem Niveau. In Russland sind die fünf größten Banken de jure oder de facto in Staatsbesitz. Von diesen fünf Kreditinstituten hat aber nur die Sberbank ein wirklich robustes und nachhaltiges Geschäftsmodell. Dies zeigt sich daran, dass andere Staatsbanken schon sehr schnell in 2014 bzw. 2015 in die Verlustzone gerutscht sind bzw. die staatlichen Banken tendenziell deutlich schlechter abschneiden als andere Wettbewerber (auch die großen Auslandsbanken). Zudem ist zu beachten, dass sich unter den zehn größten Banken des Landes de facto nur drei »reine« Privatbanken befinden, nämlich die russischen Töchterbanken der ausländischen Kreditinstitute »UniCredit«, »Société Générale« und »Raiffeisen« (aus Italien, Frankreich und Österreich). Denn auch Marktspieler wie vor allem die zuletzt stark gewachsene »Otkrytije«-Finanzgruppe oder teils auch die »Alfa-Bank« (aus dem Umfeld des Oligarchen Michail Fridman) oder die »Promswjasbank« sind nicht mehr per se den Privatbanken zuzurechnen. Vor allem die »Otkrytije«-Finanzgruppe, die ein fast exponentielles Wachstum ihrer Bilanzsumme aufweist, hat in den letzten Jahren umfangreiche staatliche Unterstützung bekommen und damit dann einige kleinere und größere andere strauchelnde Banken übernommen. Gleiches gilt in Teilen (im Sinne der Unterstützung durch staatliches Nachrangkapital) auch für die Promswjasbank und die Alfa-Bankengruppe. Zudem zeigen alle drei Banken in vielerlei Dimensionen ein Nahverhältnis zu aktuellen Eliten oder unterstützen aktiv auch politische Agenden (sei es in der Geschäftspolitik oder im Sinne eines breiteren gesellschaftlichen Engagements). Die Otkrytije-Gruppe ist mittlerweile fast so groß wie die Gazprombank. Rechnet man zu dem Marktanteil der Staatsbanken im engeren Sinne den Anteil von »privaten« staatsnahen Banken dazu, erhöht sich der Anteil des Bankenmarktes unter staatlichem Einfluss von de jure derzeit ca. 50–60 Prozent (je nach Indikator, also ob Einlagen, Kredite oder Aktiva herangezogen werden) um fast zehn bis 15 Prozentpunkte auf de facto ca. 65–70 Prozent. Insofern gilt zu betonen, dass der derzeit steigende Einfluss staatlicher und staatsnaher Banken sehr differenziert zu bewerten ist. Hierbei zählen nicht nur die Aktivitäten der großen staatlichen Banken. Neben den großen Staatsbanken gibt es derzeit vor allem auch einen Trend steigender Marktanteile von kleineren, nicht von Sanktionen belegten und de jure privaten Kreditinstituten, die von direkter oder indirekter staatlicher Unterstützung und/oder engen Beziehungen zu hohen staatlichen Stellen profitieren. Die vier Banken Otkrytije, Promswjasbank, »Moskowskij kreditnyj bank« (MKB) und B&N Bank expandierten in den letzten 12–18 Monaten kräftig oder beteiligten sich aktiv an der Konsolidierung im Bankensektor. Die Expan-

sion dieser Banken wurde vor allem auch durch staatliche Rekapitalisierungen und Notenbankrefinanzierung sowie die fehlenden Möglichkeiten der sanktionierten staatlichen Banken sowie der weniger expansionshungrigen Auslandsbanken begünstigt. Diese vier genannten russischen Banken waren quasi Lückenfüller für die bisherigen Staatsbanken, was daran deutlich wird, dass sie seit den Finanzsanktionen auch viele Geschäfte mit großen staatsnahen Firmen tätigen (z. B. mit Rosneft). Zudem kaufen die genannten Kreditinstitute derzeit weitere private Mitbewerber auf, was den de facto-Anteil der staatlichen und staatsnahen Banken in Russland auf absehbare Zeit weiter erhöhen wird.

In den kommenden Jahren wird der Einfluss der staatlichen und staatsnahen Banken im Trend wohl weiter ansteigen. Denn derzeit werden in Russland vorrangig »nur« noch Firmenkredite vergeben oder verlängert. Und dies ist ein Geschäftsfeld, in dem die großen de jure staatlichen oder de facto staatsnahen Banken sehr stark präsent sind. Zudem sind diese auch aufgefordert, mehr oder weniger deutlich wirtschaftspolitische Strategien der Importsubstitution zu fördern. Und die derzeit limitierten internationalen Geschäftsmöglichkeiten der großen staatlichen Banken können sogar als Katalysator für den Trend zu einer zunehmenden Ausweitung ihres Marktanteils in Russland wirken. Die großen staatlichen Banken Sberbank und VTB haben in den letzten Monaten angedeutet, ihre Aktivitäten in Europa und an den globalen Finanzzentren unter Beobachtung zu stellen bzw. hier eventuell selektiv zurückzubauen. Gerade diese Aktivitäten wurden in den letzten fünf bis sieben Jahren deutlich ausgebaut, teils auch durch aktive Akquisitionen. Zudem ist die Vnesheconombank (VEB), die in den letzten Jahren stark expandierte, in offiziellen Bankstatistiken nicht inkludiert, weil sie über keine offizielle Banklizenz verfügt und damit als Ganzes auch nicht den Bankensektor-Regularien unterliegt. Zwar kann nicht die gesamte Bilanzsumme der VEB direkt dem Staatsbankenanteil zugeordnet werden, da dies in gewissen Kategorien eine Doppelzählung bedeuten würde (so ist die VEB Eigentümerin einiger kleinerer Banken). Doch selbst bei einer differenzierten Betrachtungsweise der VEB-Aktiva kommt man auf einen Staatsanteil (inklusive de jure und de facto staatlicher bzw. staatsnaher Banken), der derzeit schon an die 70–75 Prozent erreicht, und der gemäß aktueller Trends in den kommenden zwei bis drei Jahren sogar noch weiter ansteigen könnte.

Rückzug der Auslandsbanken und *brain drain*-Effekte

Obwohl die größten ausländischen (Privat-)Banken in Russland (UniCredit, SocGen, Raiffeisen) angesichts

der Dominanz der großen Staatsbanken vordergründig kleine Marktanteile haben (um die 8–9%), sind sie dennoch von großer Relevanz für den russischen Bankenmarkt. Sie haben viele internationale Firmen mit Russlandgeschäft in ihrem Kundenkreis, sind wichtige Akteure auf dem russischen Interbankenmarkt und gehören zu der Kategorie der Banken mit einer sehr hohen Marktreputation (was sich an in der Regel eher niedrigen Zinsangeboten zeigt). Daher sind die russischen Töchter der drei großen in Russland tätigen westeuropäischen Banken auch auf der Liste der zehn systemwichtigen Banken in Russland. Damit sind sie auch Teil der verschärften Regulierung für die größten Banken des Landes. Derzeit ist noch nicht abzusehen, ob mit diesem Schritt auch indirekt eine Marktumstrukturierungsagenda verfolgt wird. Denn stark steigende Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken verändern auch die Rentabilitätskalkulationen für westliche Kreditinstitute in Russland und es bleibt abzuwarten, inwiefern die westlichen Konzernzentralen bereit sind, mehr Kapital in Russland zu halten. Bis dato gibt es, trotz leicht sinkender Marktanteile, allerdings noch keine Anzeichen für einen überdurchschnittlichen Rückbau auf dem russischen Markt durch die drei führenden westeuropäischen Auslandsbanken. Die drei führenden Auslandsbanken in Russland können 2015 sogar auf ein deutlich besseres Russlandgeschäft zurückblicken als erwartet bzw. schneiden deutlich besser ab als der Gesamtmarkt. Im Bereich der Großfinanzierungen und des Kapitalmarktgeschäftes ist die Situation eine deutlich andere. Hier gab es bereits einige prominente Ankündigungen, die Russlandaktivitäten zurückzufahren. Die Deutsche Bank etwa wird ihr Kapitalmarktgeschäft in Russland substanziell zurückfahren und nur noch auf sehr selektiver und opportunistischer Basis Geschäfte mit Russland-Bezug aus ausländischen Finanzzentren heraus machen. Der Rückzug ist Teil größerer unternehmensstrategischer Überlegungen. Allerdings werden eben derzeit vor allem Geschäfte in Ländern zurückgefahren, wo der wirtschaftliche Ausblick weniger vielversprechend ist, das Marktumfeld herausfordernd ist und eventuell (wie im Falle Russlands) auch Probleme mit internationalen Rechts- bzw. Geldwäschevorschriften drohen. Der Rückzug einer der größten europäischen Investmentbanken aus Russland ist allerdings nicht nur durch solche Entwicklungen begründet. Denn die zunehmende Konkurrenz durch die staatlichen bzw. staatsnahen russischen Großbanken im heimischen Kapitalmarktgeschäft hat die Geschäftschancen für Auslandsbanken in diesem Geschäftsfeld erheblich eingeschränkt. So hat unlängst mit der »Royal Bank of Scotland« (RBS) eine weitere der international größten Investmentbanken (mit Umstrukturierungsagenda im

eigenen Konzern) ihren fast Komplettrückzug aus Russland verkündet. Andere international wichtige Akteure wie die HSBC oder »Credit Suisse« fahren ihre im Vergleich zu den vorigen Beispielen eher weniger bedeutenden Geschäfte ebenfalls zurück und/oder verlieren zum Teil Schlüsselkräfte an den Staatssektor. Denn der Rückbau des Geschäfts bei ausländischen Banken und der Rückzug einiger Akteure führen dazu, dass qualifizierte Arbeitskräfte das Land verlassen oder zunehmend Tätigkeiten im staatlichen Sektor suchen. Einige zuvor bei internationalen Großbanken tätige Banker und Experten sind in den letzten Monaten in den öffentlichen Sektor gewechselt (etwa zur Notenbank oder in Ministerien).

Wettbewerbsverzerrung, Staatskapitalismus oder Systemlogik?

Der hohe Anteil der de jure und/oder de facto staatlichen Banken führt zu gewissen Wettbewerbsverzerrungen, etwa in Bezug auf die Möglichkeit, staatliche Förder- oder Refinanzierungsgelder zu erlangen. Zudem unterliegen nicht alle Kreditentscheidungen damit jederzeit einem rein ökonomischen Kalkül. Letzteres erklärt, warum staatliche und staatsnahe Banken (hier inkl. VEB) in den letzten Jahren und Monaten oft überproportional von prominenten Insolvenzfällen betroffen waren (z. B. »Mechel« oder »Transaero«). Die Staatsnähe bringt zudem weitere Bürden: Die staatsnahen Banken müssen auch politische Ziele – wie etwa aktuell die Importsubstitution – in ihrer Kreditvergabe- und Geschäftspolitik berücksichtigen und erhebliche Summen, wenn auch teils in intransparenter Weise, für Sponsoring oder weitere Charity-Aktivitäten aufwenden. Damit sind die großen Staatsbanken ein wichtiger Teil der staatskapitalistischen Orientierung der russischen Volkswirtschaft – auch unter teils noch eher »marktorientierten« Gesichtspunkten. Die Volkswirtschaft Russlands ist von einer extremen Konzentration von Unternehmen in wichtigen Sektoren gekennzeichnet. Dadurch entstehen auch im Bankgeschäft erhebliche Konzentrationsrisiken, die gegebenenfalls für ein rein nach privatwirtschaftlich-ökonomischem funktionierendes Kalkül für Großbanken kaum zu tragen wären. Und da die Volkswirtschaft Russlands in den letzten Jahren im Trend eher von einer de jure- und de facto-Ausweitung des Staatsanteils am Wirtschaftsleben gekennzeichnet war, ist der zunehmende staatliche Einfluss auch im Bankensektor eine logische Konsequenz. Der aktuell skizzierte Trend eines Einsatzes von Akteuren abseits der ganz großen Staatsbanken ist eher nur eine besondere Spielart angesichts aktueller faktischer Restriktionen bei den großen Kreditinstituten. Wobei es hier zudem noch einen gewissen Bezug zu einer laufenden und/oder anstehenden Umverteilung von Vermögenswerten geben kann.

Sorgen um »versteckte Agenda« im Bankensektor nehmen zu

Der sich in den letzten Jahren abzeichnende Trend zum steigenden Einfluss von de jure und vor allem de facto staatsnahen Banken nährt zunehmend Sorgen, dass sich im Bankensektor derzeit Entwicklungen vollziehen, wie man sie in anderen Wirtschaftssektoren in der letzten Dekade auch schon gesehen hat. Sprich: Der Staat verschafft sich zunehmend wieder direkten und indirekten Einfluss in einem Wirtschaftssektor, der (noch) zu verteilende Profite verspricht. In diesem Kontext gilt zu betonen, dass der russische Bankensektor aus internationaler Perspektive in den letzten Jahren sehr profitabel war und gerade auch führende Auslandsbanken hier kontinuierlich hohe Gewinne – auch unter aktuell sehr herausfordernden Bedingungen – erzielen. Der zunehmende Fokus auf die Aktivitäten der großen Auslandsbanken im Rahmen des Monitoring der zehn systemwichtigen Banken ist in diesem Kontext als zweischneidiges Schwert zu sehen. Einerseits steht dieses erhöhte Monitoring systemischer Großbanken eines Landes im Einklang mit international üblichen Praktiken, andererseits ist nicht ganz klar ob so im Kontext Russlands auch indirekt verstärkt aktiver Einfluss ausgeübt werden soll oder gegebenenfalls ein gewisses, beispielsweise »patriotisches« Verhalten – etwa in schwierigen Marktphasen – verlangt wird. Des Weiteren ist auffällig, dass in den letzten 12–18 Monaten von den aufstrebenden großen »Privatbanken« mit Staatsnähe einige mittelgroße Banken übernommen bzw. abgewickelt wurden, weil deren Kapitaleigentümer aus wichtigen Industriebereichen (Einzelpersonen oder Firmen) nicht mehr das nötige Kapital zuschießen konnten oder wollten. So gelangten bisher private Vermögenswerte zum Teil an staatsnahe Institute was die Sorge um eine gewisse Vermögenswertumverteilung bzw. –konzentration nährt. Zudem werden so einige Akteure ihres bisherigen direkten Zugangs zum Bank- und Finanzwesen, der eben auch sogenannte »Offshoring-Praktiken« begünstigt, beraubt. Sollte dies unter dem Gesichtspunkt einer angestrebten höheren Transparenz passieren, wäre dies positiv zu bewerten. Negativer wäre es zu interpretieren, wenn es hier um die Verschaffung von Vorteilen für Personen und Firmen geht, die weiter direkten Zugang zum Bank- und Finanzwesen haben, während andere davon ausgeschlossen werden.

Fazit

Die Schwäche der heimischen Wirtschaft zeigt sich derzeit an einem herausfordernden Umfeld für Banken in Russland. Die damit einhergehende und zu erwartende Konsolidierung und Strukturbereinigung im Bankensektor wird überlagert von einer nur im spezi-

fischen Kontext Russlands zu verstehenden Expansion vermeintlich »privater« Banken, während die großen Staatsbanken wegen vielerlei praktischer Restriktionen ihre Marktanteile konstant halten und sich ausländische Banken vorsichtig zeigen oder sogar zurückziehen (die großen Auslandsbanken mit Russlandgeschäft vor Ort sind sehr vorsichtig im Neugeschäft, internationale Investment- und Großhandelsbanken ziehen sich teils fast komplett aus dem russischen Markt zurück). Da die

derzeit sehr stark expandierenden »privaten« Kreditinstitute über spezifische Nahverbindungen in die Politik verfügen, sind die derzeitigen Markttrends kritisch zu bewerten. Einerseits steigt so der de facto Marktanteil des Staates im Bankensektor weiter an, andererseits geht damit eine gewisse Umverteilung innerhalb der russischen Eliten einher bzw. es werden mehr Vermögenswerte in einem immer kleineren Kreis konzentriert.

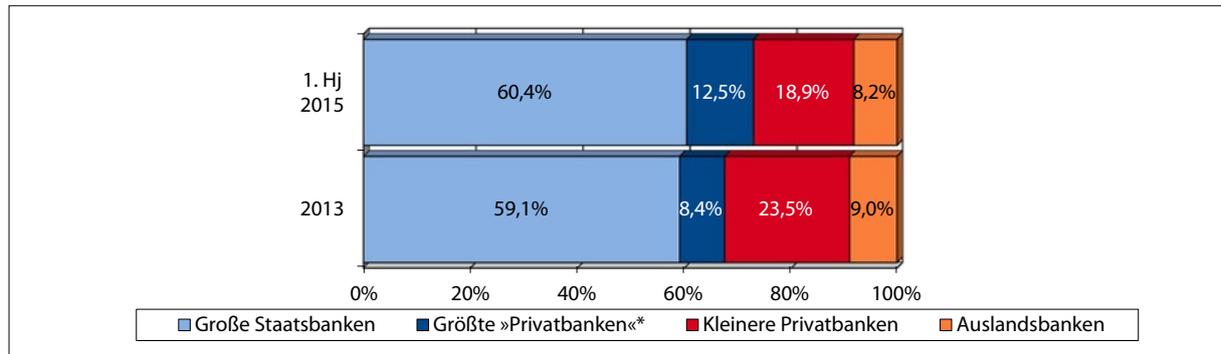
Über den Autor

Gunter Deuber leitet in Wien die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International AG, einer der größten in Russland tätigen Auslandsbanken. Der vorliegende Beitrag repräsentiert die persönliche Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die der Raiffeisen Bank International.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

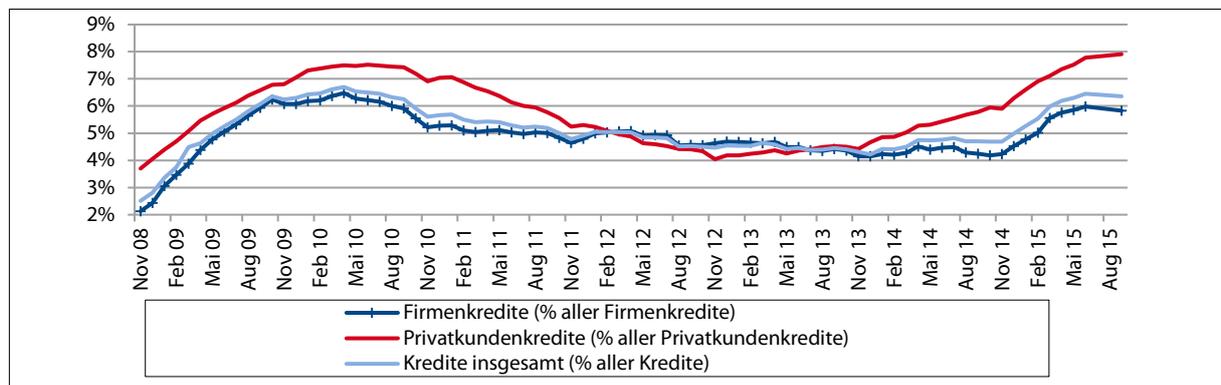
Daten zum russischen Bankensektor

Grafik 9: Marktanteile von Banken (inklusive große Staatsbanken)



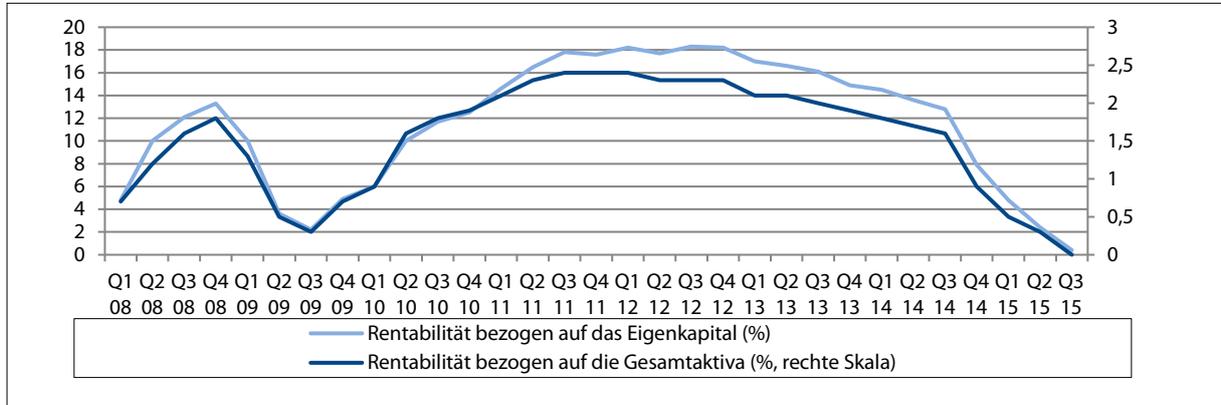
* Otkritie Financial Corporation, Alfa-Bank, Promsvyazbank, B&N Bank, Credit Bank of Moscow
 Quelle: Russische Notenbank, Moody's, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 10: Russland notleidende Kredite



Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 11: Bankensektorprofitabilität Russland



Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

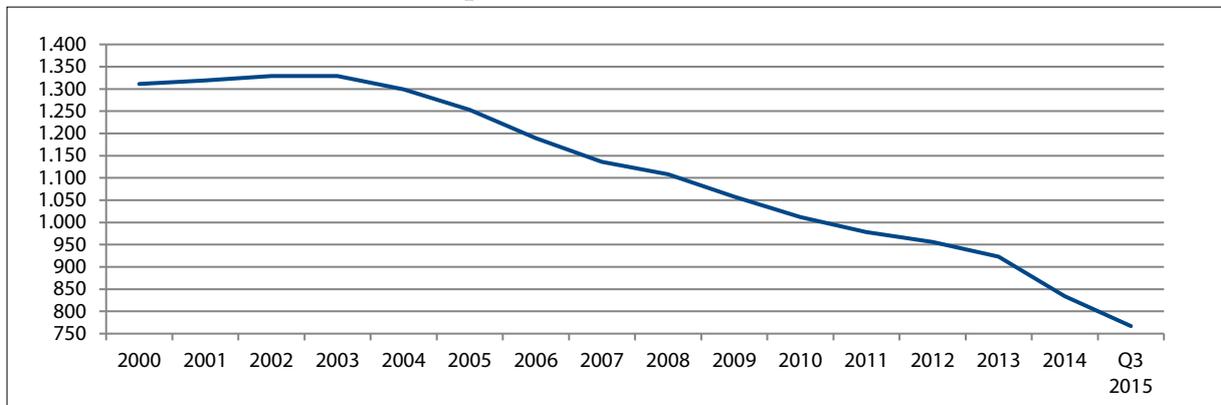
Tabelle 4: Liste der zehn systemwichtigen Banken (die besonderer Regulierung unterliegen)*

Sberbank	Staatlich
VTB	Staatlich
Gazprombank	Staatlich
Russian Agricultural Bank	Staatlich
UniCredit Bank	Privat (Auslandbank)
Raiffeisenbank	Privat (Auslandbank)
Rosbank	Privat (Auslandbank)
Otkritie Financial Corporation	Privat (mit sehr großer de facto Staatsnähe)
Promsvyazbank	Privat (mit gewisser Staatsnähe)
Alfa Bank	Privat (mit gewisser Staatsnähe)

* Für diese zehn Banken gelten ab 2016 besondere Liquiditäts- und Kapitalanforderungen

Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 12: Anzahl der in Russland operierenden Banken



Quelle: Russische Notenbank, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Die Korruptionsaffäre des Jahres – »Tschajka-Gate«

Nawalnyj wirft der Familie des Generalstaatsanwalts Tschajka Korruption und kriminelle Machenschaften vor

»Die wichtigste Untersuchung des Jahres 2015«, so hatte Alexej Nawalnyj am 1. Dezember 2015 die Aufdeckung einer Korruptionsaffäre um den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka angekündigt. Nach Angaben der von dem Oppositionspolitiker 2011 gegründeten »Stiftung für Korruptionsbekämpfung« (FBK) gehören der Familie Tschajkas Dutzende Unternehmen in Russland sowie Luxus-Immobilien im Ausland. Nawalnyj zufolge befindet sich das griechische Luxus-Hotel »Pomegranate« im Besitz seines ältesten Sohns Artjom. Die zweite Besitzerin des Hotels sei Olga Lopatina, die ehemalige Frau des stellvertretenden Generalstaatsanwaltes Gennadij Lopatin. Neben den beim russischen Finanzamt nicht angemeldeten Immobilien wirft Nawalnyj den Söhnen des Generalstaatsanwalts enge Verbindungen zu kriminellen Vereinigungen vor, u. a. zur sogenannten »Bande von Sergej Zapok«¹, die über mehrere Jahre Unternehmer im südrussischen Krasnodar erpresste und erst nach einem aufsehenerregenden Mordfall inhaftiert wurde. Dem bekanntesten Blogger Russlands ist es mithilfe sozialer Netzwerke, Twitter und seiner Kontakte in der Presse gelungen, in den Medien eine breite Debatte um die Korruptionsaffäre auszulösen. Die Informationen aus der Untersuchung Nawalnyjs machten mehrere Tage Schlagzeilen in den größten unabhängigen Online-Medien. Auf »Youtube« wurde der Dokumentarfilm »Tschajka«; <<https://www.youtube.com/watch?v=eXYQbgvzxdM>>) über die Familie Tschajka innerhalb von zwei Wochen 3,5 Millionen Mal angeklickt. Dass das Thema für das offizielle Moskau Tabu ist, zeigen die Reaktionen der kremlnahen Medien und vor allem des staatlichen Fernsehens, das diesen spektakulären Fall einfach totschweigt. Erst während der alljährlichen Ansprache von Wladimir Putin am 3. Dezember wurde just in dem Moment, als der Präsident über den Kampf gegen Korruption sprach, während der Live-Übertragung eine geraume Zeit der Generalstaatsanwalt in Großaufnahme gezeigt. Nach der feierlichen Rede, bei der die ganze politische Elite Russland anwesend war, baten Reporter des Fernsehsenders »Dschd« prominente Politiker um ihre Kommentare zu »Tschajka-Gate«, unter anderem die Dumaabgeordneten Iosif Kobson, Irina Jarowaja und Olga Batalina (alle »Einiges Russland«), den Parteivorsitzenden der Kommunisten Partei Gennadij Sjuganow sowie den Gouverneur des Gebietes Moskau Andrej Worobjow. Das unabhängige Nachrichten-Portal »Fontanka.ru« aus St. Petersburg befragte weitere Dumaabgeordnete und Mitglieder des Föderationsrates zu dem brisanten Fall, darunter Witalij Solotschewskij, Sergej Kalaschnikow und Pawel Krascheninnikow. Am 7. Dezember teilte Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des Kreml, Journalisten mit, der Kreml habe von den veröffentlichten Angaben schon lange gewusst und finde die Untersuchung uninteressant. Alexej Nawalnyj reagierte empört auf die offizielle Stellungnahme der Präsidialadministration und versprach, sich um eine penible Ermittlung gegen Tschajka auch in der Europäischen Union zu bemühen. Eine weitere Woche später meldete sich Jurij Tschajka selbst zu Wort, dementierte die Vorwürfe mit der Begründung, der Film sei im Auftrag von Ex-Oligarch Michail Chodorkowskij und dem britisch-amerikanischen Investor Willam Browder entstanden. Der unabhängige Journalist Oleg Kaschin schreibt in seiner Kolumne bei der Deutschen Welle, Putin sei nach dem Korruptionsskandal in eine schwierige Lage geraten, da er gegen Tschajka wohl kaum anhand von Informationen von Nawalnyj vorgehen könne.

»Nawalnyj? Will ich nicht kommentieren. Ich will am Leben bleiben«

»Frage: Wie sollten der Staat, die Behörden, das Parlament des Landes auf die Fakten reagieren, die von Alexej Nawalnyjs »Stiftung zur Bekämpfung der Korruption« zu Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka, seiner Familie und seinen Stellvertretern veröffentlicht wurden?« [...]

Witalij Solotschewskij, Duma-Abgeordneter, Mitglied des Ausschusses für die Kontrolle der Angaben zu Einkommens- und Vermögensverhältnissen:

»Oh... Sehr schöne Frage. Nein, ich will es nicht kommentieren. Ich will am Leben bleiben.«

Sergej Kalaschnikow, Mitglied des Föderationsrats:

»[...] Im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle muss man den Dokumenten Aufmerksamkeit schenken. Das bedeutet nicht, dass sie für bare Münze nehmen muss. Eine gewisse parlamentarische Überprüfung ist aber zweifellos not-

¹ Kriminelle Vereinigung um Sergej Zapok (1976–2014) und dessen Familie. Zapok wurde 2013 in der Region Krasnodar wegen zwölfjährigen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt; d. Red.

wendig. Bereits ein Antrag eines Abgeordneten führt zu einer Untersuchung. Ich spreche von einer parlamentarischen Untersuchung. Die Frage ist nur, wen beauftragen?«

Frage: Sind Sie bereit, einen solchen Antrag in Ihrem Namen zu stellen?

- Noch nicht. Ich muss mich mit dem eigentlichen Material vertraut machen. Vielleicht bringe ich diese Frage am 9. Dezember vor den Föderationsrat.«

Pawel Krascheninnikow, Duma-Abgeordneter, Ausschussvorsitzender für Zivil-, Straf-, Arbitrage- und Prozessordnungsrecht:

»Ich habe keine Ahnung. Was ist dort eigentlich passiert? Wo kann ich mir das anschauen? Ich bin erst von der Arbeit gekommen. Ich muss erst den Mantel ablegen, etwas essen, und dann schaue ich es mir sofort an. Medien lese ich nicht. Ich hab einen anderen Job. Ich mache Gesetze.«

Dmitrij Gudkow, Dumaabgeordneter, Mitglied des Ausschusses für Verfassungsrecht und Staatsaufbau:

»Reagieren müssen alle Behörden, weil es sich um einen der höchstrangigen *Silowiki* handelt. Eine Untersuchung ist erforderlich. Klar ist, dass nicht Behörden sich damit befassen sollten, die in Abhängigkeit zu hochrangigen *Silowiki* stehen. Dazu ist in der Welt die parlamentarische Untersuchung erfunden worden. Die Kommission wird aus Vertretern unterschiedlichster politischer Kräfte gebildet [...]«

Zusammengestellt von Irina Tumakowa auf Fontanka.ru, 3. Dezember 2015, <<http://www.fontanka.ru/2015/12/03/177/>>

Ein politischer Akt uns feindlich gesonnener Staaten

Irina Jarowaja, Duma-Abgeordnete, Ausschussmitglied für Korruptionsbekämpfung:

»Heute hat der Generalstaatsanwalt angemessen Stellung genommen. Deswegen sind alle Kommentare in diesem Fall überflüssig. [...] Außerdem, wer Herr Nawalnyj ist, ist wohl auch allen bekannt.«

Gennadij Sjuganow, Duma-Abgeordneter, Vorsitzender der Kommunistischen Partei:

»Ich kenne den Sachverhalt nicht. Was den Film angeht, kann man heutzutage alle möglichen Filme zusammenschustern [...]. Nawalnyj hat diesen Film nicht allein machen können, das konnten aber die Geheimdienste der USA und anderer Länder. In letzter Zeit sehe ich keinen einzigen guten Schritt den die USA uns gegenüber machen. [...]«

Olga Batalina, Duma-Abgeordnete, Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Sozialpolitik und Angelegenheiten der Veteranen:

»Ich habe mich mit der Untersuchung noch nicht vertraut gemacht. Ihr Erscheinen scheint mir aber eine Art politischer Akt zu sein. Vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Welt, angesichts der Herausforderungen, vor denen unser Land steht, ist die Frage einer Diffamierung unserer Staatsmacht im Interesse von, sagen wir es direkt, uns feindlich gesonnenen Ländern eine Frage, die sich sofort stellt, wenn die eine oder andere Untersuchung, Pseudo-Untersuchung, irgendwelche Materialien auftauchen [...]. Ich finde, das ist ein vorsätzlicher, zielgerichteter Versuch und ein bis heute andauerndes Vorgehen zur Diffamierung vor allem des Sicherheits- und Machtblocks unseres Staates.«

Andrej Worobjow, Gouverneur des Gebietes Moskau:

»Ich habe Ihnen gerade gesagt, dass die Polizei- und Justizbehörden ihre Arbeit machen, und wir sind für Kanalisation, Heizung, [...] und gute medizinische Versorgung zuständig.«

Iosif Kobson, Duma-Abgeordneter:

»Wenn dies der Wahrheit entspricht, wär das sehr traurig und würde es mir leid tun, dass so ein Mensch in Korruptionsfälle verwickelt ist. Ich wiederhole aber: Ich bin gegen eine Verurteilung, wenn wir das Material noch nicht kennen.

Frage: Werden Sie als Abgeordneter auf einer Untersuchung bestehen?

- Jaja, natürlich, natürlich. Weswegen Tschajka selbst darauf besteht, dass eine Untersuchungskommission gebildet wird.

Frage: Soll er zurücktreten, wenn sich die Sachen bestätigen?

- Unbedingt, da habe ich keinen Zweifel.«

TV-Sender Doschd, 3. Dezember 2015, <https://tvrain.ru/teleshov/vechernee_shou/anton_zhelnov_prishel_v_kreml_i_sprashival_vseh_o_chajke-399485/>

Rogow: Russland stellt die italienische Mafia in den Schatten

»Das, was die Stiftung für Korruptionsbekämpfung und Nawalnyj gemacht haben, ist wahre Epik und phantastische Arbeit.

Was einen wundert, ist, dass die »Skrepy« [dt. etwa »Werteklammern« ein Begriff, der von Wladimir Putin 2012 als Bezeichnung für den geistigen Zusammenhalt der Bürger Russlands eingeführt wurde, d. Red.] Realität sind: Auf der einen Seite des »Teppichs« steht Generalstaatsanwalt Tschajka, der mit seinem Sohn Igor jedes Jahr den Berg Athos besucht, und auf der anderen Seite steht die Zapok-Bande, die zwölf Menschen ermordet hat, und mit denen er praktisch gemeinsam Geschäfte machte. Da ist sie nun, die Klammer. Und der Kultusminister taucht dort [im Film] kaum aus Zufall auf: er ist dort am rechten Ort. Eine Art nicht erdachter Leviathan.

Es scheint, als ob der »Mafia-Staat« in der Tat ein neues Phänomen und Konzept darstellt, das den Ruhm der klassischen Cosa Nostra in den Schatten stellt. Russland wird offenbar in der Mythologie des 21. Jahrhunderts dafür sorgen, dass der Ruhm der Italiener der Vergangenheit angehört.

Interessanterweise hat der Mafia-Staat sein eigenes Ethos, seine Ideologie und sogar seine außenpolitische Doktrin, deren Triebfeder ebenfalls immer deutlicher wird. Man braucht sich nur an das goldene Brot des gestürzten Janukowitsch zu erinnern.«

Kirill Rogov am 1. Dezember 2015 auf Facebook, <<https://www.facebook.com/kirill.rogov.39/posts/1120540861296866>> .

Peskow: Wir finden diese Informationen uninteressant

»Ich kann sagen, dass diesen Informationen und seit Langem zugänglich waren und wir uns ungefähr im Sommer damit vertraut gemacht haben. Das war ungefähr im Juni. [...] Damals standen andere Autoren hinter diesem Material und wir hielten die Informationen eigentlich schon damals für uninteressant, weil es darin gar nicht um den Generalstaatsanwalt geht. Der Film handelt von seinen volljährigen Söhnen, die vollkommen selbständig ihre Geschäfte führen.«
Dmitrij Peskow am 7. Dezember 2015 auf Interfax, <<http://www.interfax.ru/russia/483587>>

Nawalnyj: Wie wir die Tschajkas in der Schweiz verfolgen werden

»Heute ist eine Woche seit der Veröffentlichung unserer Untersuchung »Tschajka« vergangen. Drei Millionen Menschen haben sich den Film angeschaut. Die Geschichte hat sowohl Sympathisanten der [Stiftung] FBK betroffen gemacht, als auch diejenigen, die uns nicht ertragen können. Die Verbindung zwischen Staatsanwälten und einer Bande blutrünstiger Mörder schockiert absolut alle.

Nur den Kreml schockiert sie noch nicht. Gestern hat der korrupte Peskow mitgeteilt, die Untersuchung der FBK sei uninteressant. Auf Twitter hat jemand treffend gescherzt: *Ein Bürokrat mit einer Uhr im Wert von 40 Millionen hat an einem Generalstaatsanwalt, der an einem Bürokraten mit einer Uhr im Wert von 40 Millionen nichts auszusetzen hat, nichts auszusetzen.*

Diese Reaktion zeigt noch einmal den völligen Verfall der öffentlichen Macht in Russland. Für den Kreml sind Bilder auf Zäunen,² abgebrochener Zahnschmelz von Mitgliedern der OMON-Sondereinheiten der Polizei [angeblich bei der Demonstration 6. Mai 2012, weswegen Angeklagte im »Bolotnaja-Verfahren« zu Haftstrafen verurteilt wurden] sowie Bibliotheken mit ukrainischer oder türkischer Literatur von Interesse. Die Beamten aus der obersten Etage der Staatsanwaltschaft, die in Zusammenarbeit mit Mördern Geld verdienen, interessieren sie nicht. Der Sohn des Generalstaatsanwalts schnappt sich mit Hilfe von Untergebenen seines Vaters Salzbergwerke und Kiesgruben, doch all das erweckt bei ihnen kein Interesse.

Trotzdem werden wir ein Gerichtsverfahren und Gerechtigkeit anstreben. Wenn es in Russland problematisch sein soll, werden wir es nicht nur hier tun[...]

Wir werden uns peinlich genau und fleißig um eine Ermittlung zu den Verbrechen der Familie des Generalstaatsanwalts Tschajka bemühen; in Russland, in der Schweiz, in Griechenland, auf der europäischen Ebene – wo immer es erforderlich sein wird. Unsere Sache ist gerecht. Zapoks an der Spitze der Generalstaatsanwalt braucht niemand.»
Alexej Nawalnyj am 8. Dezember 2015 auf navalny.ru, <<https://navalny.com/p/4593/>>

Tschajka: Der Film ist im Auftrag von Chodorkowskij und Browder entstanden

»[...] Der Film, der angeblich von der Stiftung von A. Nawalnyj gedreht wurde, hat mich kaum beeindruckt. Ich muss darauf hinweisen, dass ich in keinem der Sujets dort handelnde Person bin. Ich glaube, hierin bestand das Kal-

2 Gemeint ist der Fall von Georgij Alburow, Freund von Nawalnyj und Mitglied der Stiftung für Korruptionsbekämpfung, der angeblich ein Plakat von einem Zaun gestohlen hat, d. Red.

kül der Auftraggeber (ich bin überzeugt davon, dass nicht A. Nawalnyj selbst der Auftraggeber ist), nämlich mich und die Staatsanwaltschaft zu diffamieren und dabei keinerlei Fakten, die meine Handlungen und Entscheidungen betreffen, zu nennen.

Ich habe schon versprochen, diese Auftraggeber zu nennen, und ich werde es tun. Ich bin also überzeugt, dass A. Nawalnyj in dieser Geschichte nur eine äußerst bescheidene Rolle gespielt hat. Alle Mitwirkenden an diesem Film sind bekannt. Sie sind Erfüllungsgehilfen eines großzügig bezahlten Produktionsauftrags. Die Dreharbeiten, Schnitt und Dienstreisen, unter anderem ins Ausland, der Ton haben zweifellos viel Geld und viel Zeit gekostet. Deswegen lässt sich der Kreis der Auftraggeber weiter eingrenzen. Sie sind unter Leuten zu suchen, die über große finanzielle Möglichkeiten verfügen und dabei unser Land im Allgemeinen und die Staatsanwaltschaft im Besonderen hassen, die um jeden Preis die von uns und anderen Justizbehörden eingeleiteten Überprüfungen und Untersuchungen stoppen wollen. Wenn ich im Amt des Generalstaatsanwalts nichts gemacht und niemanden gestört hätte, hätte es niemanden gegeben, der für eine solche eine Filmproduktion tief in die Tasche gegriffen hätte.

Gerade dank der Bemühungen der Generalstaatsanwaltschaft sind kriminelle Machenschaften aufgedeckt worden, bei denen Chodorkowskijs Strukturen russische Organisationen und natürliche Personen finanzieren, die den Interessen unseres Landes, seiner Polizei- und Justizbehörden und des Gerichtswesens entgegenarbeiten.[...]

Jurij Tschajka am 14. Dezember 2015 auf Kommersant, <<http://www.kommersant.ru/doc/2876887>>

Kaschin: Tschajka stellt Putin vor eine unangenehme Wahl

»Der Plan von Tschajka liegt auf der Hand: jetzt, da das Regime in Russland eben die Sprache der Verschwörungen und Konfrontationen spricht, kann man dem Schlag nur dadurch ausweichen, dass man sich als Opfer der Feinde Russlands darstellt. Ob die Feinde nun die Wahrheit sprechen oder nicht, spielt dabei nicht die geringste Rolle. [...]

Der Generalstaatsanwalt hat *nolens volens* die Adressaten vor eine unangenehme Wahl gestellt: Entweder teilen sie die konspirologischen Ansichten Tschajkas oder sie geben Nawalnyj Recht. Dass die zweite Variante für Wladimir Putin nicht in Frage kommt, ist eine Chance, dass Jurij Tschajka damit erfolgreich sein könnte.«

Oleg Kaschin am 15. Dezember 2015 auf dw.com; <<http://www.dw.com/ru/a-18917948>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

(Wirtschafts)Krise und Protest in Russland

Jens Siegert, Moskau

Vor zwei Monaten habe ich in diesen Notizen die Frage gestellt, warum es – trotz Wirtschaftskrise – bisher keine nennenswerten sozialen Proteste in Russland gegeben hat: »Nun sind wir im Jahr sieben der Wirtschaftskrise und der einzige, zugegebenermaßen (zu) kleine Aufstand war der des Protestwinters 2011/2012 aufgrund der Wahlfälschungen und Putins Rückkehr ins Präsidentenamt. Nennenswerte soziale Proteste sind ausgeblieben und, so sehen es heute erneut die allermeisten Beobachter, werden auf absehbare Zeit ausbleiben (<<http://russland.boellblog.org/2015/10/22/wirtschaftskrise-in-russland-und-keiner-protestiert-warum/>>).

Meine Antwort auf die selbstgestellte Frage war, kurz gesagt, dass bisher der »Fernseher über den Kühl-

schränk« gewonnen habe. Die Propaganda des Stolzes ist (zumindest vorerst) stärker als die Furcht oder der Ärger wegen des sinkenden materiellen Lebensstandards. Nun möchte ich ein bisschen näher darauf eingehen, warum das so ist und wie nachhaltig das sein kann.

Dazu muss man sich erst noch einmal die Putinsche Propaganda anschauen. Sie setzt sich aus unterschiedlichen, teilweise miteinander verzahnten, sich teilweise aber auch widersprechenden ideologischen Elementen zusammen. Ich will die drei von ihnen, die ich für die wichtigsten halte, hier kurz nennen.

Da ist zuerst die *Idee einer gedemütigten und zudem geteilten Nation*. Gedemütigt angeblich durch den Westen in einer Zeit der russischen Schwäche nach der Auf-

lösung der Sowjetunion. Geteilt, weil sich, nach Lesart des Kreml, seither etwa 50 Millionen ethnische Russen (oder besser: Menschen, die aus Moskauer Sicht ethnische Russen sind und sich auch als *Russen* fühlen) außerhalb der Russischen Föderation, des neuen russischen »Vaterlandes« wieder gefunden haben. Lange Zeit hatte sich der neue russische Staat um diese, wie sie im russischen Sprachgebrauch heißen, »Landsleute« nicht besonders gekümmert. Seit einiger Zeit aber hat der Kreml sie als politische Ressource entdeckt. Putin klagt, die Russen seien die »größte geteilte Nation« dieser Welt. Mit ihrem behaupteten schweren Schicksal in den Ländern, in denen sie leben, ihrer behaupteten und oft einer dort angeblich anzutreffenden grundsätzlichen »Russophobie« zugeschriebenen Diskriminierung lässt sich, wie die Erfahrung zeigt, in Russland sehr gut Stimmung machen.

Das zweite Element ist *Geopolitik*. Die Welt wird vom Kreml ausschließlich als geopolitischer Kampf um Überleben und Einfluss dargestellt. Alle anderen Staaten sind damit potentiell oder tatsächlich feindlich. Die Nation muss folglich einig sein, um in dieser darwinistischen Welt, in der nur Starke überleben, nicht unterzugehen, denn sie befindet sich immer im Krieg (als Begründung dient auch ein ins Endlose erweitertes Kriegsverständnis, das jede politische Auseinandersetzung, jeden Interessensunterschied zum »Krieg« erklärt). Wer also diese Einigkeit stört oder gefährdet, den Staat (die *Staatsmacht*, wie es auf Russisch heißt) kritisiert, wird zur »5. Kolonne« erklärt (wobei manchen zugestanden wird, sie seien *nur* »nützliche Idioten«, während anderen vorgeworfen wird, »bezahlte Agenten« zu sein) die also das Spiel des Feindes betreibe.

Das dritte Element könnte man *Neotraditionalismus* nennen. Es ist der (vor allem, aber nicht nur) rhetorische Versuch, aus der (als *westlich* empfundenen und als *westlich* verunglimpften) Moderne wieder auszusteigen. Fast alles, was eine tolerante und offene Gesellschaft ausmacht, wird vom Kreml als *unrussisch*, nicht zu den Traditionen des Landes passend abgelehnt und bekämpft.

Alle drei Elemente werden in der Propaganda vorwiegend *anti-westlich* (oder genauer: *anti-US-amerikanisch*) interpretiert und inszeniert. Mit ihnen einher geht der Versuch, jeder inneren Differenzierung der russischen Gesellschaft die Legitimität abzuspochen. Insofern hat diese Mischung durchaus eine totalitäre Note, auch wenn Russland (noch) weit davon entfernt ist, insgesamt ein totalitärer Staat zu sein.

Nun ist antiwestliche Propaganda auch im nachsowjetischen Russland nichts Neues. Anti-westliche, vor allem anti-US-amerikanische, weitgehend durch staatliche Propaganda erzeugte Mobilisationswellen hat es spätestens seit Ende der 1990er Jahre regelmäßig gege-

ben (ich stütze mich hier und im Folgenden auf Zahlen aus einem Vortrag von Lew Gudkow, Direktor des Lewada-Zentrums, beim von Memorial und der Heinrich Böll Stiftung organisierten »Grünen Russlandforum« Anfang Dezember in Moskau).

1999 begann es mit der Bombardierung serbischer Städte durch die NATO, die damit wohl einen Völkermord an der und die vollständige Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo verhinderte. Das wiederholte sich 2003 aus Anlass des Irakkriegs (ausgenommen blieben damals Frankreich und Deutschland, weil sie sich nicht beteiligten) und 2008 im Kontext des kurzen Krieg mit Georgien. In allen diesen Fällen war die öffentliche Missbilligung des Westens (oder seiner Handlungen) aber nicht von Dauer. Recht schnell zeigte sich in Umfragen erneut eine mehrheitlich positive Einstellung der Menschen in Russland zu den USA und den EU-Ländern.

Allerdings ist etwa seit 2007 zu beobachten (Schlüsselereignis war die berühmte *Münchener Rede* von Wladimir Putin), dass die Sympathiewerte für den Westen auch jenseits der (Beziehungs-)Krisen nicht mehr die vorherige Höhe erreichen. Mit dem politischen Rollback gegen die demokratische Opposition im Land und den Westen als äußeren Feind nach dem Protestwinter 2012/2013 und noch einmal zunehmend seit der Maidan-Revolution in der Ukraine und der Annexion der Krim durch Russland verstärkte sich der Abwärtstrend. Der Grund dürfte einerseits in der seither kaum nachlassenden staatlichen Propaganda zu suchen sein, die nach den früheren Krisen meist recht schnell weitgehend wieder eingestellt wurde. Andererseits gibt es aber wohl auch einen langfristigen Akkumulationseffekt.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass das Lewada-Zentrum gleichzeitig eine kontinuierliche und bis heute ungebrochene *Basisidentifizierung* (wie das Lew Gudkow nennt) mit dem Westen feststellt. Nordamerika und die EU bleiben die leitende »Utopie eines normalen Lebens«. Aber gleichzeitig zeigen die Umfragen das »Wissen«, dort mit dem eigenen Land nicht hinzugelangen. Als Folge wird der Westen als Lebenskonzept negiert, denunziert und die eigene Unzulänglichkeit auf ihn übertragen. Psychologisch gesehen wohl eine Art Schutzreaktion.

Bisher schlägt also, ich wiederhole mich, der Fernseher den Kühlschrank. Oder anders: Die Großmacht schlägt das Wohlsein. Doch wie lange bleibt das (noch) so, wenn dem Staat das Geld ausgeht? Auf diese Frage gibt es wohl keine theoretische Antwort. Es gibt aber eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, dass es für den Kreml in den kommenden Jahren schwieriger werden dürfte.

Das wissen die Verantwortlichen dort natürlich auch, und sie versuchen Vorsorge zu treffen. Ein Teil der Vor-

sorge sind immer neue, repressive Gesetze (von denen aber hier ausnahmsweise einmal nicht die Rede sein soll), für den Fall der Fälle. Besser aber wäre es, auch aus Kremsicht, wenn dieser (also neue Massenproteste von wem auch immer, weswegen auch immer) erst gar nicht einträfe. Doch das könnte schwierig werden. Dem Staat ist mit dem (wohl vorerst dauerhaft) niedrigen Ölpreis das Geschäftsmodell abhanden gekommen. Er muss es ändern. Bisher finanziert sich der russische Staat sozusagen an seinen Bürgern vorbei. Der größte Teil der Einnahmen kommt aus dem Verkauf von Erdöl, Erdgas und anderen Rohstoffen. Steuern und Abgaben, die bei der Bevölkerung direkt erhoben werden, sind entsprechend niedrig.

Da die Rohstoff-Rente aber immer kleiner ausfällt, braucht es Ersatz. Das können nach Lage der Dinge nur höhere Steuern und Abgaben sein. Höhere Steuern und Abgaben gefallen aber nirgendwo auf der Welt, wenn es dafür staatlicherseits nicht eine gute und allseits akzeptierte Begründung gibt. Solch eine Begründung könnte zum Beispiel eine umfassende und gut funktionierende Daseinsvorsorge sein, wie in den skandinavischen Ländern. Davon kann aber in Russland keine Rede sein. Im Gegenteil: In der Bevölkerung herrscht die durch Erfahrung und Realitätssinn gestützte Überzeugung, dass die Menschen im Land dem russischen Staat ziemlich egal sind. Daher die oben beschriebene Propaganda nach dem Motto »bei uns ist es zwar schlecht, aber anderswo ist es auch nicht besser, dafür aber fremder und feindlicher«. Das funktioniert bisher, bleibt aber heikel.

Beim Erschließen neuer Finanzierungsquellen geht der Kreml daher sehr vorsichtig vor. Er arbeitet sich sozusagen von außen nach innen vor und versucht zu vermeiden, einen direkten Zusammenhang zwischen Abgaben- und Steuererhöhungen und der Krise seines Geschäftsmodells herzustellen. Beim ersten Versuchsballon hat das noch funktioniert. Seit Anfang des Jahres müssen Wohnungsbesitzer (und das ist eine große Mehrheit der Menschen in Russland) in vielen Regionen, darunter in Moskau, einen monatlichen Pro-Quadratmeter-Betrag für die sogenannte Grundrenovierung ihrer Häuser bezahlen. In Moskau erreicht dieser Betrag leicht die Hälfte der Nebenkosten. Zwar gab es Versuche aus der Bevölkerung, sich gegen diese Zwangszahlung zu wehren, aber sie blieben zaghaft und individuell. Manche zahlen einfach nicht und kommen (bisher) damit durch. Auch ein Zeichen, dass dem Staat nicht ganz Wohl ist bei diesem Unterfangen.

Der nächste Schritt verläuft schon weniger ruhig. Seit Mitte November gibt es auch in Russland eine Schwerverkehrsabgabe. Lastwagen ab 12 Tonnen müssen für jeden auf föderalen Straßen gefahrenem Kilometer zahlen. Das dazu gehörige Abrechnungssystem hört

auf den schönen Namen *Platon*. Fernfahrer aus dem ganzen Land protestierten in Sternfahrten. Einzelhändler warnten vor Preiserhöhungen und in Umfragen sprachen sich 70 Prozent der Menschen gegen *Platon* aus (dass ein Sohn der milliardenschweren Putin-Kumpel Gebrüder Rotenberg die Lizenz zum Geldeinsammeln bekommen hat, macht die Sache nicht besser). Auch hier reagiert der Staat eher zurückhaltend, macht kleinere Kompromisse und setzt ganz offenbar auf einen Abnutzungs- und Gewöhnungseffekt. Erschwerend für den Staat kommt hinzu, dass Fernfahrer wenig in das Bild einer satten, verwestlichten Mittelklasse passen, die recht leicht eines westlichen Unrussentums geziehen werden kann.

Der nächste Schlag folgt bald. Genauer: Er ist schon Gesetz und geht erneut gegen Wohnungs-, Haus- und Landbesitzer. Ab ersten Januar 2016 steigen die Grundsteuern um ein Mehrfaches, im (wahrscheinlich gar nicht so seltenen) Extremfall bis auf das Zehnfache. Zugegeben, bisher lag der sogenannte »technische Inventarisationswert«, der der Steuerfestsetzung zugrunde lag, weit unter dem Marktwert einer Immobilie. Doch nicht nur die absolute Höhe der Zahlen wird für Unruhe sorgen, sondern die enormen Steigerungsraten bei gleichzeitig fallenden Löhnen und Immobilienpreisen.

Gleichzeitig spüren auch zwei Bevölkerungsgruppen, die zu den Stützen des Regimes gehören, die Haushaltskrise: Die Gehälter von Staatsangestellten (auf Russisch: »bjudshetniki«, also alle, deren Gehalt letztlich aus dem Staatshaushalt bezahlt wird, wie Lehrer oder Polizisten) und Soldaten wurden 2015 nicht mehr »indexiert«, d. h. sie wurden weit weniger als die Inflationsrate erhöht. Auch der Haushalt für 2016 sieht keine Indexierung vor. All diese Menschen, die bisher immer damit rechnen konnten, für ihre besondere Loyalität privilegiert behandelt zu werden, haben erstmals seit Beginn der 2000er Jahre reale Einkommensverluste hinzunehmen.

Führende Ökonomen bis hin zu Ministern aus dem Wirtschaftsblock halten Steuererhöhungen ohnehin für unumgänglich und sagen das auch öffentlich. Eine Reform der Einkommenssteuer könnte, wenn denn eine progressive, mit dem Einkommen ansteigende Steuer rate eingeführt würde, sogar eine gewisse Popularität für sich in Anspruch nehmen: Die gegenwärtige, seit 2001 geltende 13-prozentige Flatrate gilt vielen als unsozial. Allerdings würde allein eine andere Verteilung der Steuerlast kaum etwas bringen. Die Einkommenssteuer müsste auch insgesamt erhöht werden.

Ein viel ernsthafteres Problem für den Staat ist aber die immer größer werdende Lücke in der Rentenkasse. Ein im Vergleich zu anderen Ländern als sowjetisches Erbe immer noch sehr niedriges Renteneintrittsalter (Frauen mit 55, Männer mit 60) bei gleichzeitigem rapi-

den Sinken der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter (um 600.000 bis 800.000 Menschen jährlich) und einem grundsätzlich ja erfreulichen, wenn auch eher langsamen Anstieg der Lebenserwartung haben sie schon längst aus dem Lot gebracht. Für 2016 reichen die staatlichen Reserven noch, um die Rentenkasse zu bezuschussen, vielleicht auch noch 2017, aber spätestens dann wird es sehr eng, sollte es mit der Wirtschaft nicht besser werden (was zwar manche Wirtschaftsfachleute noch hoffen, womit aber niemand wirklich rechnet).

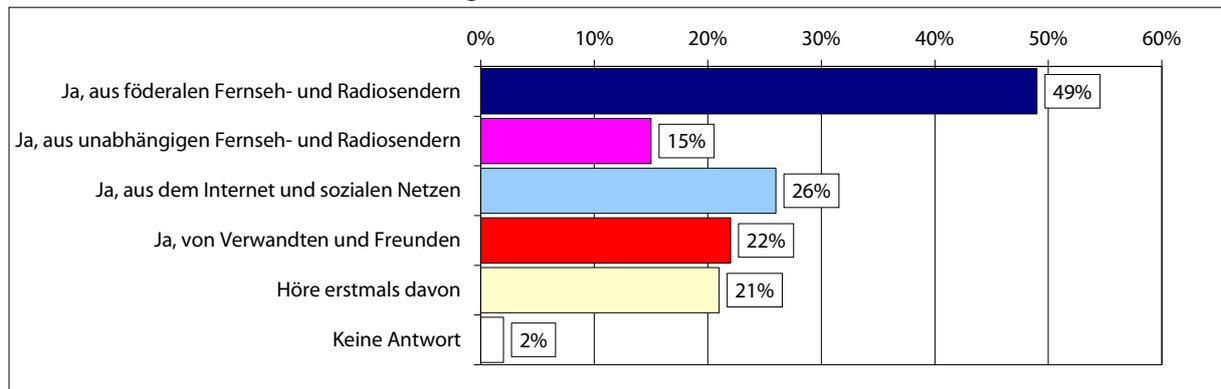
Genau bis dahin muss es aber reichen. Im September 2016 sind Dumawahlen, im März 2018 Präsidentenwahlen. Trotz des extrem hohen Ratings von Präsident Putin sind das keine Selbstläufer. Alle erinnern sich an die Dumawahlen 2011 und die Präsidentenwahlen 2012 mit den sie begleitenden Protesten. Allein deshalb soll

so wenig wie möglich offen gefälscht werden. Das aber kostet. Daher dürfte der Staat alle auch nur irgendwie verfügbaren Ressourcen zusammenkratzen, um ohne nennenswerten Schrammen über diese beiden Wegmarken zu kommen. Die Rechnung wird danach kommen. Doch so weit reicht erstens der Planungshorizont nicht. Und zweitens können ja nach den Wahlen die Schrauben weiter angedreht werden.

Auch deswegen werden großflächige (egal, ob nun soziale oder politische) Proteste bis 2018 wohl ausbleiben. Kleinere Unruhen, wie der gegenwärtige Fernfahrerminiaufstand, dürften mit den bewährten Methoden beherrschbar bleiben.

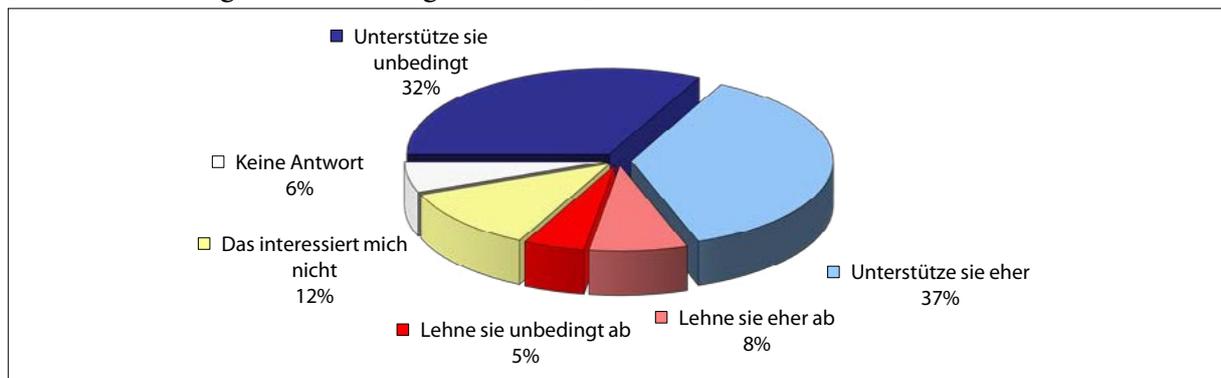
Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 13: Haben Sie von den Protestaktionen der Fernfahrer gegen die LKW-Maut auf föderalen Autostraßen (Platon-System) gehört? Und wenn ja, wo haben Sie davon erfahren? (Mehrere Antworten möglich)



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum 4.–8. Dezember 2015; N = 1000; <<http://www.levada.ru/2015/12/09/moskvichi-o-protstah-dalnobojshhikov/>>, 11. Dezember 2015

Grafik 14: Unterstützen Sie die Protestaktionen der Fernfahrer oder lehnen Sie sie ab? (nur die Befragten, die davon gehört haben)



Quelle: Repräsentative Meinungsumfrage des Lewada-Zentrums im Zeitraum 4.–8. Dezember 2015; N = 1000; <<http://www.levada.ru/2015/12/09/moskvichi-o-protstah-dalnobojshhikov/>>, 11. Dezember 2015

4. – 17. Dezember 2015

04.12.2015	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Themen sind Putins Rede an die Föderalversammlung, die Situation in Syrien, die Finanzquellen der Terrormiliz »IS« sowie die Fortschritte beim Aufbau der Energieversorgung für die Krim.
04.12.2015	Der Protest der russischen Fernfahrer gegen das Mautsystem »Platon« erreicht die Hauptstadt. Die LKWs blockieren den Moskauer Autobahnring.
04.12.2015	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilt zugunsten eines russischen Journalisten, der wegen Eingriff in das Privatleben durch extensive Mobilfunküberwachung gegen Russland Beschwerde eingelegt hatte. Laut Entscheidung der Straßburger Richter verstößt die russische Praxis, Mobilfunkanbieter zu verpflichten, dem Inlandsgeheimdienst FSB technischen Zugriff auf ihre Netze zu geben gegen das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8 EMRK). Außerdem fehlten im russischen Recht Garantien gegen Willkür und Missbrauch geheimer Abhörmaßnahmen.
04.12.2015	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung den Staatshaushalt 2016. 297 Abgeordnete stimmen dafür, 149 dagegen. Der Umfang des Haushaltes beträgt 16 Billionen Rubel (ca. 206 Milliarden Euro) und hat somit einen Anteil von 17,5 % am derzeitigen Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das Haushaltsdefizit beträgt 3 % des BIP.
05.12.2015	Kanzleramtschef Peter Altmaier erklärt in einem Spiegel-Interview, dass eine Allianz mit Russland im Kampf gegen die Terrormiliz IS ausgeschlossen sei. Man könne zwar gemeinsam in Wien über eine politische Lösung der Syrien-Frage verhandeln, aber zu einer militärischen Zusammenarbeit werde es nicht kommen.
06.12.2015	Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu erklärt in einem Interview mit der Nachrichtenagentur »TASS«, dass sich die Türkei eine baldige Normalisierung der Beziehungen zu Russland wünsche. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern sollten nicht aufgrund politischer Unstimmigkeiten gestört werden. Çavuşoğlu fordert Russland auf, die Sanktionen gegen die Türkei aufzuheben.
06.12.2015	Ein Stützpunkt der syrischen Regierungsarmee in der Nähe von Deir ez-Zor wird aus der Luft angegriffen. Drei syrische Soldaten werden getötet, 13 weitere verletzt. Die syrische Regierung beschuldigt die US-Armee, für den Angriff verantwortlich zu sein. Vertreter der US-Armee weisen die Anschuldigungen zurück und erklären, kein Flugzeug der westlichen Koalition gegen den »IS« habe sich in der Nähe des syrischen Stützpunktes befunden. Sie machen die russischen Streitkräfte für Luftschläge verantwortlich.
07.12.2015	Beim unabhängigen Fernsehsender »Doschd« finden Überprüfungen im Auftrag der russischen Staatsanwaltschaft statt. Im Kontext der Anti-Extremismusgesetze, soll untersucht werden, ob sich der Sender verfassungswidrig verhalte. Die Staatsanwaltschaft gibt an, aufgrund von Beschwerden aus der Bevölkerung tätig geworden zu sein.
07.12.2015	In einem Interview mit dem Fernsehsender »Rossija 24« erklärt der russische Wirtschaftsminister Aleksej Uljukajew, dass die Sanktionen gegen Russland die Wirtschaft des Landes nicht beeinträchtigen. Die russische Wirtschaft habe sich bereits an die neuen Bedingungen angepasst. Insbesondere die erforderlichen Importsubstitutionen hätten sich als stimulierend für die Konjunktur erwiesen.
07.12.2015	Im Zentrum Moskaus explodiert an einer Bushaltestelle auf der belebten Pokrowka-Straße ein selbstgebauter Sprengsatz. Es werden drei Personen verletzt.
08.12.2015	Der ehemalige Jukos-Vorsitzende Michail Chodorkowskij wird in Russland zur Fahndung ausgeschrieben. Das Strafermittlungs Komitee will ihn in Zusammenhang mit dem Mord an dem Bürgermeister von Neftejugansk, Wladimir Petuchow, verhören. Dieser war 1998 getötet worden. Chodokovskij wird verdächtigt, der Auftragsgeber zu sein. Die Pressesprecherin Chodorkovskijs erklärte, man werde nicht mit den Ermittlern zusammenarbeiten.
08.12.2015	Der Vorsitzende des Ausschusses für militärisch-zivile Beziehungen des Menschenrechtsrates beim Präsidenten, Sergej Kriwenko, erklärt, er werde sich an die Strafermittlungsbehörde und die Oberste Militärstaatsanwaltschaft wenden, damit diese die Umstände von 159 Todesfällen untersucht, die es in der Armee von Anfang 2014 bis Mitte 2015 gegeben hat. Besonders besorgt sind die Menschenrechtler über die steigende Zahl von Todesfällen bei Soldaten im zweiten Halbjahr 2014.
08.12.2015	In Russland wird das erste Urteil gegen ein Mitglied der Terrormiliz »IS« gesprochen. Tural Ragimow, der in Syrien gegen die Assad-Regierung gekämpft hatte, wird zu vier Jahren Lagerhaft verurteilt.
08.12.2015	Das russische Kulturministerium droht dem »Artdokfestival« ein strafrechtliches Vorgehen an, wenn Filme ohne Verleihgenehmigung vorgeführt werden. Es geht dabei um einen Film der Stiftung »Kampf gegen Korruption« (FBK, unter der Leitung von Alexej Nawalnyj), der die Geschäfte des Sohnes von Generalstaatsanwalts Jurij Tschajka aufgreift.

09.12.2015	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem britischen Premierminister David Cameron. Dabei bietet er Cameron an, dass britische Spezialisten bei der Entzifferung des Flugschreibers des durch die Türkei abgeschossenen Kampfflugzeuges vom Typ SU-24 mitwirken können.
09.12.2015	Nach Angaben des Vorsitzenden des Regionalparlaments der Krim hat die Energieblockade der Krim den russischen Staat bislang rund 4 Milliarden Rubel (ca. 206 Millionen Euro) gekostet. Ministerpräsident Medwedew hatte einige Tage zuvor angekündigt, dass in Sewastopol und Simferopol zwei neue Kraftwerke gebaut werden sollen.
09.12.2015	Die Angehörigen der Opfer des über Ägypten abgestürzten Passagierflugzeugs klagen gegen den Vorsitzenden der russischen Strafverfolgungsbehörde Aleksandr Bastrykin. Der Anwalt der Kläger gibt an, dass die Behörde die Betroffenen nicht als Geschädigte anerkenne und ihre Anfragen nicht beantworte.
11.12.2015	Präsident Putin nimmt an einer Sitzung des erweiterten Kollegiums des Verteidigungsministeriums sowie an einer Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates teil. Auf beiden Treffen geht es um die Operationen der russischen Luftstreitkräfte in Syrien sowie die materielle und technische Unterstützung der »Freien Syrischen Armee«. Ziel sei es, so Präsident Wladimir Putin, eine Vereinigung der Regierungsarmee mit den Truppen der Aufständischen herbeizuführen. Am selben Tag nimmt Putin auch an der Sitzung der Oberbefehlshaber der russischen Militärbezirke statt.
11.12.2015	Die Demokratische Koalition, ein Zusammenschluss oppositioneller Gruppen, kündigt eine Kampagne unter dem Titel »Welle des Wandels« an. Dabei sollen Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung des Wahlprogramms der Partei »PARNAS« teilnehmen. Außerdem sollen geeignete Kandidaten für die Wahlen zur Staatsduma 2016 gefunden werden.
12.12.2015	Die litauische staatliche Eisenbahngesellschaft stellt den Verkehr auf der Strecke Vilnius-Moskau aufgrund des gesunkenen Passagieraufkommens und Unrentabilität bis auf weiteres ein. Im Juni war aus demselben Grund bereits die Verbindung nach St. Petersburg gestrichen worden.
12.12.2015	In Moskau organisiert die Opposition am offiziellen »Tag der Verfassung« auf dem Puschkin-Platz eine Demonstration in Form von nicht genehmigungspflichtigen Einzel-Mahnwachen. Sicherheitskräfte nehmen mehr als 30 Personen fest, darunter auch den Vorsitzenden von Jabloko, Sergej Mitrochin.
13.12.2015	In Woronesh sterben in Folge eines Brands in einer Nervenheilanstalt 23 Personen, zahlreiche Personen werden verletzt. Die Brandursache ist unklar.
13.12.2015	Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums gibt eine russische Fregatte im Mittelmeer Warnschüsse ab, um ein türkisches Fischerboot zum Abdrehen zu zwingen und eine Kollision zu verhindern. In Moskau wird umgehend der türkische Militärattaché ins Verteidigungsministerium einbestellt.
14.12.2015	Nach Angaben des Energieunternehmens »Tschernomornewtegas« behindert ein türkisches Handelsschiff in russischem Hoheitsgebiet vor Odessa russische Schiffe, die Bohrplattformen im Schlepptau haben. Ein Wachboot der Grenztruppen zwang das türkische Schiff zum Abdrehen.
14.12.2015	Russische Fernfahrer und Vertreter der KPRF protestieren gemeinsam vor dem Gebäude der Präsidentschaftsadministration in Moskau gegen das neu eingeführte Mautsystem »Platon«. An der Demonstration nehmen sowohl Duma-Abgeordnete als auch Vertreter der Gewerkschaft der Fernfahrer teil.
14.12.2015	Nach Angaben des Pressesprechers des Präsidenten Dmitrij Peskow wird ein für den 15. Dezember geplantes russisch-türkisches Gipfeltreffen in St. Petersburg abgesagt.
14.12.2015	Der Chefredakteur der Internet-Zeitung »Jeshednewnyj Shurnal«, Aleksandr Ryklin, wird von der Verkehrspolizei mit der Begründung angehalten und festgenommen, dass sein PKW zur Fahndung ausgeschrieben sei. Kollegen vermuten, dass die Festnahme mit seiner Teilnahme an den Mahnwachen anlässlich des »Tags der Verfassung« zusammenhängt.
14.12.2015	Der russische Botschafter in Ankara, Andrej Karlow, nennt in einem Interview mit der Zeitung »Cumhuriyet« drei Bedingungen für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Russland nach dem Abschuss der SU-24 durch türkische Flugzeuge: eine Entschuldigung, die Ermittlung der Schuldigen und ihre Bestrafung sowie die Zahlung einer Entschädigung durch die Türkei.
15.12.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das das russische Verfassungsgericht bevollmächtigt, zu prüfen, ob von internationalen Gerichten gefällte Menschenrechtsurteile, vor allem die des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), mit der russischen Verfassung vereinbar sind. Demnach könnte das Verfassungsgericht Urteile des EGMR, die es für verfassungswidrig hält, außer Kraft setzen.

15.12.2015	Der belorussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka ist zu Gast in Moskau. Im Anschluss an ein bilaterales Gespräch mit Präsident Wladimir Putin finden russisch-belorussische Regierungskonsultationen statt. Es werden eine Reihe von Abkommen, u. a. zum freien Personenverkehr zwischen beiden Ländern im Sinne des »Unionsstaates von Russland und Belarus« und dem Vertrag von 2006, unterzeichnet.
15.12.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt den US-amerikanischen Außenminister John Kerry und führt mit ihm ein intensives Gespräch über den gemeinsamen Kampf gegen die Terrormiliz »IS« und die Syrien-Frage. Zuvor hatten Kerry und der russische Außenminister Sergej Lawrow bereits über eine Reihe weiterer Themen wie den Nahost-Konflikt sowie die Situation in Libyen, dem Jemen und Afghanistan gesprochen.
16.12.2015	Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, entgegnet auf die Kritik, der Kreml reagiere nicht auf die Enthüllungen der »Stiftung für Korruptionsbekämpfung« (FBK) über den Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka, dass der Kreml nicht beabsichtige, irgendeinen Staatsbeamten für »immun« zu erklären.
17.12.2015	Präsident Wladimir Putin hält seine alljährliche große Pressekonferenz ab, die diesmal 3 Stunden und 10 Minuten dauert. Er geht u. a. auf die Krise und die wirtschaftlichen Aussichten ein, auf das Verhältnis zur Türkei, die Lage in der Ukraine und die Sanktionen, den Haushalt vor dem Hintergrund der niedrigen Ölpreise und beantwortet zahlreiche Fragen zur Sozialpolitik.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

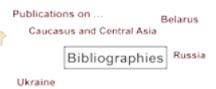
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php